

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 3/2021

EINSCHLÜSSE

Erinnerungs- und Gedenkort Roedeliusplatz in Berlin-Lichtenberg



© Studio Roland Fuhrmann, 2020

Staatsdoping in der DDR

Die Skandale von Wittenberg

Perspektiven für Verbände

Inhalt

Aktuell

- 3 Wahlprüfsteine 2021
Neuer Leiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Recht

- 4 Staatsdoping in der DDR

International

- 5 Die Skandale von Wittenberg
Überwachung und Verfolgungsdruck

Perspektiven

- 6 Neue Wege
7 3,8 Mio. für Gedenkstätte Kaßberg

Aufarbeitung

- 8 Härtefallfonds statt Entschädigung?
9 Stilles Gedenken

Erinnerung

- 10 Demokratie und Freiheit als feste Größen
11 Um der Wahrhaftigkeit willen

Verbände

- 12 Denkort
Ausstellung verlängert
13 Leserbriefe
14 Abschied
15 Spendenaufruf

Service/Bücher

- 16 Diese Monate fühlten sich wie eine Ewigkeit an
17 Kirchen in der DDR
18 Überleben in der Hölle von Hoheneck
19 Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung

Umschlagbild

Siegerentwurf „Einschlüsse“ des Berliner Künstlers Roland Fuhrmann beim Wettbewerb für den Erinnerungs- und Gedenkort Roedeliusplatz in Berlin-Lichtenberg (siehe auch S. 12).

Foto: Studio Roland Fuhrmann, 2020

Editorial

Zwangsarbeit und kein Ende?

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

schon im letzten Editorial hatte ich über das Thema Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft berichtet. Daß die Aufarbeitung mühselig wird, das wußte ich, daß ich als Reaktion von Unternehmen Antwortschreiben bekomme, die mich beschämen und schockieren, habe ich nicht gedacht.

Wir haben zu keiner Zeit Unternehmen aus der alten Bundesrepublik unterstellt, wissentlich an der Zwangsarbeit von politischen DDR-Häftlingen verdient zu haben. Es gab Unternehmen wie IKEA, die davon Kenntnis erhalten haben und sofort handelten. Daß andere Unternehmen ganz ohne Zweifel mit Produkten aus der DDR beliefert wurden, von denen zumindest ein Teil durch politische Häftlinge in Zwangsarbeit hergestellt worden ist, steht außer Frage.

Wir haben vor Jahren und auch in den letzten Monaten die Otto-Gruppe, das einzige noch verbliebene große Versandhaus in Deutschland, angeschrieben und um Aufklärung und Unterstützung gebeten. Die Firma Otto stellt sie auf die Position, nie etwas mit Produkten aus Haftzwangsarbeit in der DDR zu tun gehabt zu haben. Nun ist es so, daß die Otto-Gruppe praktisch alle bekannten Versandhäuser beziehungsweise deren Namensrechte erworben hat. Dazu gehören Quelle, Neckermann, Baur, Schwab und andere. Aber auch bei den unzweifelhaft bestehenden Verbindungen zu

Produktionsketten aus DDR-Zuchthäusern dieser Versandhäuser stellt sich die Otto-Gruppe auf den Standpunkt, ja nur die Namensrechte erworben zu haben. Das kann ich sogar ein gutes Stück verstehen.

Verstehen kann ich nicht die Reaktion der Otto-Gruppe auf Anschreiben beziehungsweise Bitt-Schreiben von ehemaligen politischen Haft-Zwangsarbeitern und -Zwangsarbeiterinnen, die sich an die Otto-Gruppe gewandt haben. Die Otto-Gruppe antwortet zwar immer ordentlich, beendet aber ihre Briefe mit dem Hinweis, daß eine Weitergabe der Schreiben und auch das Zitieren aus diesen Antwortschreiben nicht gestattet ist! Das ist für mich beschämend und für die Empfänger dieser Schreiben schockierend, weil sie ein weiteres Mal den Mund verboten bekommen, obwohl sie eigentlich glaubten, daß diese Zeit vorbei sei.

Wir geben natürlich nicht auf, sondern werden unsere wissenschaftlichen Recherchen zur Beweiserhebung noch intensiver verfolgen. Ich möchte Sie bitten, uns bei dieser aufwendigen Arbeit zu unterstützen, und wenn es geht, auch mit einer Spende.

Dieses Kapitel muß aufgearbeitet und, soweit als möglich, auch Gerechtigkeit erreicht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Dieter Dombrowski

Wahlprüfsteine 2021 der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

1. Welche politischen Entscheidungen auf Bundesebene halten Sie in der nächsten Legislaturperiode für nötig, um die Lage der Opfer der SED-Diktatur zu verbessern? Welche Opfergruppen stehen für Sie dabei im Vordergrund?
2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Bearbeitung von Fällen, insbesondere für stark geschädigte und in hohem Alter stehende Opfer, zu beschleunigen?
3. Unterstützen Sie die Schaffung eines nationalen Kompetenzzentrums für gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht, um verfolgungsbedingte Schädigungen aus der SED-Diktatur in versorgungsrechtlichen Verfahren präziser erfassen und angemessener berücksichtigen zu können?
4. Am 24. Oktober 2019 hat der Deutsche Bundestag ein Gesetz zur Verbesserung rehabilitationsrechtlicher Vorschriften für Opfer der SED-Diktatur u.a. für Insassen und Insassinnen von Spezialheimen beschlossen. Die damit intendierte Vereinfachung der Rehabilitation und Einheitlichkeit in der Rechtsprechung ist jedoch nicht eingetreten. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß diese Unsicherheit für die Betroffenen ausgeräumt wird?
5. Werden Sie sich dafür einsetzen, bestimmte Aktenbestände, die sonst vernichtet würden, dauerhaft zu erhalten (Akten der Jugendhilfe, Patientenakten, Kaderakten von Volkseigenen Betrieben)?
6. Verschiedene Studien, darunter die Studie „Die Reichsbahn und der Strafvollzug in der DDR“ der Deutschen Bahn, haben zweifelsfrei ergeben, daß in der DDR politisch Gefangene Zwangsarbeit leisten müssen. Unternehmen aus Ost und West, die zum Teil heute noch existieren, haben davon profitiert. Werden Sie die Initiative ergreifen, damit Politik und Wirtschaft die Zwangsarbeit von politischen Häftlingen entschädigen und die Deutsche Bahn sich in angemessener Weise an einer Wiedergutmachung beteiligt?
7. Was werden Sie unternehmen, um die durch das Rentenüberleitungsgesetz entstandenen Benachteiligungen für Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR in die Bundesrepublik zu beseitigen?
8. Wie werden Sie sich dafür engagieren, daß in der nächsten Legislaturperiode der Beschluß des Deutschen Bundestages zur Errichtung eines nationalen Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft vom 13. Dezember 2019 auch zeitnah umgesetzt wird?
9. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß Institutionen der DDR-Aufarbeitung und Opfervertretungen von nationaler Bedeutung finanziell langfristig und stabil gefördert werden?
10. Werden Sie sich für Investitionen einsetzen, daß die in das Bundesarchiv übernommenen Stasiakten in ausreichendem Maße erhalten, gesichert und rekonstruiert werden und der Zugang nach dem StUG weiter gewährleistet wird? 


Neuer Leiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

(pmstsg)Markus Pieper wird neuer Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Dresden. Das Sächsische Kabinett hat seiner Wahl durch den Stiftungsrat zugestimmt. Der 49-Jährige werde den Posten am 1. September antreten, der Arbeitsvertrag sehe eine Amtszeit von sieben Jahren vor, heißt es in einer Pressemitteilung. Der mit der Arbeit „Parteiauftrag: Städtepartnerschaft. Kommunalpartnerschaften zwischen Polen und der DDR und ihre Transformation nach 1989“ promovierte Zeithistoriker, Politologe, Soziologe und Kommunikationswissenschaftler arbeitet seit 2012 in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin, zuletzt als Leiter des Arbeitsbereichs Gedenkstätten und Erinnerungskultur. Zuvor war er von 2003 bis 2008 als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen und ihrer Überwindung in Weimar

und von 2008 bis 2012 als Referent bei dem beziehungsweise der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin tätig. Piepers Vorgänger, der frühere DDR-Bürgerrechtler Siegfried Reiprich, war im vergangenen Sommer nach Äußerungen auf Twitter suspendiert worden.

„Herr Dr. Pieper hat umfangreich auf dem Gebiet der Erinnerungskultur gewirkt und ist national und international hervorragend in der Gedenkstättenlandschaft vernetzt. Er verfügt seit Jahren auch über intensive Arbeitskontakte zu sächsischen Einrichtungen“, wird die Staatsministerin und Vorsitzende des Stiftungsrates Barbara Klepsch zitiert. „Vordringlichste Aufgabe wird es neben der Einrichtung der neuen Gedenkstätten sein, die Entwicklungskonzeption der Stiftung fertigzustellen, die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten in freier und kommunaler Trägerschaft zu intensivieren und die Stif-

tung Sächsische Gedenkstätten und ihre Arbeit im nationalen und internationalen Vergleich wieder sichtbar zu machen.“

Sachsen verfüge mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft über eine wichtige und renommierte Aufarbeitungseinrichtung, die die Auseinandersetzung mit der diktatorischen Vergangenheit nachhaltig und dauerhaft gewährleiste, die Erinnerung an die Opfer politischen Unrechts wachhalte und die Gesellschaft für die Werte der Freiheit, der Demokratie und der Menschenwürde sensibilisiere, so Pieper. „Hieran mitwirken zu können, ehrt mich sehr. Besonders freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen, die in der Stiftung, ihren Gedenkstätten und in den von der Stiftung geförderten Einrichtungen seit vielen Jahren eine sehr professionelle und engagierte Arbeit leisten.“ 

Staatsdoping in der DDR

Gericht entscheidet: Opfer haben Anspruch auf Rehabilitierung

Es ist allgemein bekannt und anerkannt, daß Doping, also die pharmakologische Leistungssteigerung, in der DDR systematisch zur Leistungssteigerung bei Hochleistungssportlern eingesetzt wurde. Damit sollten im zentral gelenkten DDR-Sport verstärkt Weltklasseleistungen und Erfolge bei internationalen Wettbewerben, insbesondere Olympischen Spielen sowie Welt- und Europameisterschaften, ermöglicht werden. Neben ausgewählten erwachsenen Leistungssportlern wurden insbesondere auch Minderjährige gedopt. Die als „unterstützende Mittel“ bezeichneten pharmakologischen Mittel wurden im vollen Bewußtsein der möglichen gesundheitlichen Folgen und zum großen Teil ohne das Wissen der Sportler verabreicht.

Entschädigung für die Opfer

Opfer von DDR-Zwangsdoping konnten über das erste Dopingopfer-Hilfegesetz zwischen Mitte 2002 und Ende 2007 (hier waren die Mittel in Höhe von 2 Mio. Euro aber schon 2005 ausgeschüttet) und dann über das zweite Dopingopfer-Hilfegesetz von Mitte 2016 bis Ende 2019 (Umfang 13,65 Mio. Euro) finanzielle Hilfeleistungen beim Bundesverwaltungsamt beantragen. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat im Jahr 2007 eine Ausarbeitung unter dem Thema „Entschädigung von Opfern des Zwangsdopings in der DDR“ erarbeitet. Dabei kam er zu dem Fazit, daß Ansprüche aus dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) wohl nicht bestünden, da die Anspruchsvoraussetzung nach § 1 Abs. 2 VwRehaG nicht vorliegen würden, weil das staatlich verordnete Doping nicht der politischen Verfolgung gedient hätte oder ein Akt der Willkür gewesen sei, sondern vielmehr die Leistungssteigerung der Athleten und die Steigerung des nationalen Ansehens der DDR in der Welt intendierten. Die Vorschriften des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) dagegen erfaßten die Vorgänge des Zwangsdopings

in der DDR und vermitteln den Opfern Versorgungsansprüche gegenüber dem jeweiligen Bundesland, wobei hier zu beachten ist, daß das OEG nur über die Härtefallregelung des § 10a, welcher u.a. die Schwerbeschädigung und die Bedürftigkeit des Anspruchstellers voraussetzt, anwendbar ist.

Nun ist es aktuell einer Klägerin jedoch erstmals gelungen, wegen des erlittenen Zwangsdopings verwaltungsrechtlich rehabilitiert zu werden. Dies entschied mit Urteil vom 28. Dezember 2020 das Verwaltungsgericht Greifswald (5 A 917/19 HGW).

Die Beklagte, das zuständige Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern, hatte den Antrag auf verwaltungsrechtliche Rehabilitierung der Klägerin abgelehnt und vorgetragen, daß die Maßnahme, also das Doping, nicht der politischen Verfolgung gedient habe und auch keinen Willkürakt im Einzelfall darstelle. Willkür liege im Einzelfall nur bei Maßnahmen, die von der Tendenz und der Absicht getragen seien, ihren Adressaten bewußt zu benachteiligen und zu diskriminieren. Die Verabreichung von Dopingmitteln habe aber nicht auf Ausgrenzung gezielt, sondern sei als besonders förderungsfähig angesehen worden.

Daß die Beklagte in keiner Weise die zum Teil massiven Gesundheitsschäden, die die Betroffenen erleiden mußten und immer noch müssen, in ihrer Stellungnahme berücksichtigt, ist für die Betroffenen nur schwer nachvollziehbar. Beruhigender Weise hat es das Verwaltungsgericht Greifswald völlig zu Recht nun anders gemacht.

Zunächst stellt die Kammer ausführlich und unmißverständlich fest, daß die Verabreichung von Dopingmitteln an Kinder und jugendliche Sportler in der DDR eine im Sinne des § 1 Abs. 1 VwRehaG hoheitliche Maßnahme einer deutschen behördlichen Stelle, hier des Sportmedizinischen Dienstes der DDR, darstellt. So beruhte das Staatsdoping u.a. auf einem Beschluß des Zentralkomitees der SED vom 14. Juni 1974.

Die Kammer führt weiter aus, daß das erlittene Zwangsdoping mit den Grundsätzen eines Rechtsstaates schlechthin

unvereinbar ist und entgegen der Auffassung des Justizministeriums sehr wohl ein Willkürakt vorliegt. Das Gericht sieht einen Rechtsverstoß bei der eigenmächtigen Körperverletzung der Klägerin und vermutlich auch hinsichtlich eines Verstoßes gegen das Arzneimittelrecht der DDR. Den staatlichen Stellen der DDR sei bewußt gewesen, daß die Einnahme von Anabolika zu gesundheitlichen Schäden bei den betroffenen Sportlerinnen und Sportlern führen konnte. In dieser ohne die Einwilligung der jugendlichen Sportler und ihrer Eltern eingegangenen Gesundheitsgefährdung läge die bewußte Diskriminierung der Betroffenen und ihre Ausgrenzung aus der staatlichen Friedensordnung, die das Tatbestandsmerkmal der Willkürlichkeit voraussetze, da anderen Bürgern der DDR ein ähnlicher gesundheitlicher Nachteil regelmäßig nicht zugemutet worden sei. Das diskriminierende Element einer solchen Behandlung werde nicht dadurch gleichsam aufgehoben, daß mit dem Zwangsdoping eine Verbesserung der sportlichen Entwicklung erstrebt worden sei. Eine diskriminierende und ausgrenzende Maßnahme könne auch dann gegeben sein, wenn ihre Folge – die Verbesserung der sportlichen Leistung – dem Wunsch des Betroffenen entsprochen habe, ihm aber die Maßnahme selbst und die damit verbundenen nachteiligen gesundheitlichen Risiken bewußt verheimlicht worden seien.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Greifswald ist mittlerweile in Rechtskraft ergangen. Es ist das erste Urteil seiner Art, so daß nicht alle anderen Gerichte zwangsläufig dieser Entscheidung folgen müssen, aber das Urteil gibt allen Betroffenen, die nun oder bereits zuvor eine verwaltungsrechtliche Rehabilitierung anstreben bzw. anstrebten, eine ideale Argumentationsgrundlage. Die Betroffenen sollten daher, wenn Sie eine verwaltungsrechtliche Rehabilitierung beantragen wollen, gleich auf das genannte Urteil abstellen.

Gerne unterstützt Sie unsere Beratungsstelle. Auch über die Beratungsstelle des Doping-Opfer-Hilfe e.V. und der verschiedenen Landesbeauftragten können Sie sich beraten lassen.

Ass. jur. Benjamin Baumgart

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Die Skandale von Wittenberg

Martin Luther verbrachte einen Großteil seines Lebens in Wittenberg, war als Professor für Theologie tätig und heftete 1517 seine berühmten 95 Thesen zur Reformation der katholischen Kirche an die Tür der Schloßkirche. Dies erschütterte weltweit das Christentum und führte zur Kirchenspaltung, die er nicht gewollt hatte, und in der Folge zu den protestantischen Gemeinden.

Ihm zu Ehren bekam Wittenberg 1938 den Zusatz „Lutherstadt“. Es gab auch in der Zeit der Nazi-Diktatur, 1933–1945, Widerstand in der Stadt, obwohl die Stadt dem Nazi-Diktator Adolf Hitler schon 1933 die Ehrenbürgerschaft verliehen hatte – Skandal Nummer eins. Der Alliierte Kontrollrat entzog ihm diese Ehrung glücklicherweise 1946. Nachdem die Sowjetarmee auch in Sachsen-Anhalt die Macht übernahm, begannen vor allem an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, viele Studenten und Dozenten sich gegen die Indoktrination mit der sozialistisch-kommunistischen Ideologie zu wehren. Zwischen 1946 und 1961 gab es 168 Verhaftungen aus politischen Gründen durch das MfS, die Volkspolizei und sowjetische Geheimdienste.

Im September 1983 wurde in der Lutherstadt Wittenberg im Rahmen der evangelischen Friedensbewegung „ein Schwert zu einer Pflugschar“ umgeschmiedet. Es begann dann auch in Wittenberg die unvollendete, friedlich-demokratische Revolution, die zum Sturz der Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands führte. Soweit der Teil der Geschichte, der durchaus beeindruckend ist und Mut zur Freiheit zeigt.

Nun beginnt die Geschichte des zweiten Skandals, der inzwischen sogar den Landtag von Sachsen-Anhalt beschäftigt hat. Auf Antrag eines kommunalen Unternehmervereins lud der Oberbürgermeister der Lutherstadt Wittenberg, Torsten Züge, im August 2018 den Botschafter von Nordkorea, Pak Nam-yong ein, sich ins „Goldene Buch“ der Lutherstadt Wittenberg einzutragen. Einige Zeit vorher stellte das Bundesamt für Verfassungsschutz fest, daß ein Mitarbeiter dieser Botschaft unter Umgehung von UNO-Sanktionen versuchte, in Deutschland illegal einen Multigasmonitor zu beschaffen, der zur Herstellung von chemischen Kampfstoffen eingesetzt werden kann. Im gleichen Jahr, als der Botschafter dieser

Diktatur so glanzvoll von Oberbürgermeister Zugehör geehrt wurde, ermittelte der Verfassungsschutz gegen einen Mitarbeiter dieser Botschaft, weil er versuchte, Bestandteile für das nationale Waffenprogramm Nordkoreas zu beschaffen, die ebenfalls auf der UNO-Embargoliste standen.

Vergessen werden darf auch nicht, daß der Besitz einer Luther-Bibel in Nordkorea zur Verhaftung und christliche Mission sogar zur Hinrichtung führen kann. Übrigens verletzte Botschafter Pak Nam-yong, der als Parteinomenklaturkader zum engsten Führungskreis von Diktator Kim Jong-Un gehört, auch deutsche Gesetze, indem er den illegalen Hostel-Betrieb auf dem Botschaftsgelände in der Berliner Glinkastraße betrieb und Steuern in Höhe von zehn Millionen Euro hinterzog, die später in monatlichen Raten von sieben-tausend Euro an das deutsche Finanzwesen abgestottert wurden. Bei der Reise nach Wittenberg hielt sich der Diplomat auch nicht an Auflagen des Auswärtigen Amtes, denn er muß jede Reise außerhalb von Berlin und Brandenburg anmelden. Dies ist die Folge der eingeschränkten Bewegungsfreiheit der deutschen Diplomaten in Pjöngjang, wo ihnen restriktiv alle Reisen verboten wurden, was dazu führte, daß die deutsche Botschaft nicht besetzt war. Schweden vertrat die Interessen Deutschlands in Nordkorea.

Es war typischerweise Stefan Liebig, MdB (SED-LINKE), der die Maßnahmen des Auswärtigen Amtes kritisierte und „Freizügigkeit“ für den Botschafter der Kim-Diktatur forderte, sein Parteigenosse Gregor Gysi war sogar schon zu Gast bei seinen Genossen in Pjöngjang. Niemals

hat die SED-LINKE öffentlich die Verbrechen der Kims in Nordkorea kritisiert, wo etwa zwei Millionen Menschen verhungerten, wo Zehntausende in Lagern aus politischen und religiösen Gründen ohne Urteil inhaftiert sind und wo es immer wieder öffentliche Hinrichtungen gibt!

Auch die Vertreter der Lutherstadt Wittenberg wußten, wen sie dort einluden und daß der Eintrag ins „Goldene Buch“ von der Propaganda Nordkoreas ausgenutzt wird. Hätte nicht die Erinnerung an den Terror des National-Sozialismus und Sozialismus-Kommunismus den Verantwortlichen klar machen müssen, daß so ein Akt eine Entsolidarisierung mit den Verfolgten ist? Auch wenn inzwischen über zwei Jahre vergangen sind seit dem Eintrag, ist es nicht zu spät, dies zu korrigieren und diese Schande aus dem „Goldenen Buch“ der Lutherstadt Wittenberg zu löschen. Irgendwann werden vielleicht die Menschen in Nordkorea diese Diktatur, wie es in der DDR geschah, beseitigen und dann die Wittenberger fragen: AUF WELCHER SEITE HABT IHR GESTANDEN?

Anton Odenthal

Bürgerberatung


des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
(030) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr
Freitag 8.00–14.00 Uhr

Überwachung und Verfolgungsdruck

(igfm) „Kuba ist ein beliebtes Urlaubsland. Sonne und Strand können nicht verdecken, daß das Land von einer kommunistischen, geldgierigen Machtelite unterdrückt wird“, so Dieter Dombrowski, Vorsitzender der UOKG auf dem 3. Online-Symposium der IGFM. Auf der Karibikinsel sind aktuell 138 politische Gefangene bekannt. Immer wieder kommt es zu willkürlichen Festnahmen, Mißhandlung und vorgeschobenen Anklagen gegen Bürgerrechtler. Wie Berta Soler erklärt, werden sie zusammen mit

gewöhnlichen Kriminellen inhaftiert und laufen Gefahr, sich im Gefängnis mit dem Coronavirus zu infizieren. Außerdem sei die Ernährungssituation dort extrem schlecht und wegen der Pandemie dürfen Angehörige die Insassen nicht besuchen. „Die Damen in Weiß leiden weiter unter starker Repression und der Überwachung des Regimes, obwohl wir mit unseren Aktivitäten für die Freiheit Kubas und der politischen Gefangenen aufgrund der Corona-Pandemie pausiert haben“, so Soler. 

Neue Wege

Das Bautzen-Komitee auf dem Weg in die Zukunft

Nicht nur wegen des mit der Pandemie verbundenen Rückgangs an Besuchern gehen immer mehr Gedenkstätten und Opferverbände neue Wege, auch die Zeitzeugen als authentische Berichterstatter werden immer weniger. Immer öfter sind

sie nicht mehr in der Lage zu reisen, sind zu krank, zu alt.

Sicher, es gibt noch welche, hat die DDR die politische Verfolgung doch noch bis 1989 betrieben und damit auch Zeitzeugen produziert. Doch für die frühe Nachkriegszeit, für die Opfer der Speziallager oder die nach Sibirien verschleppten Frauen und Männer z.B., ist der Zug bereits abgefahren. Hier wird bald kein Überlebender mehr in den Gedenkstätten sprechen oder in Schulen gehen. Und die Hoffnung vieler Überlebender, daß ihre Enkelkinder den Stab übernehmen und das Erbe lebendig halten, hat sich fast immer als Trugschluß erwiesen.

Was bedeutet das für uns Opferverbände, für das Bewahren der Erinnerung? Dazu muß man zunächst festhalten, daß Zeitzeugen für die Gedenkstätten nie eine so große Bedeutung gehabt haben, wie wir uns das so sehr gewünscht hatten. Das muß man einfach so sehen, es ist der damaligen und auch heutigen Geschichtspädagogik geschuldet. So „spielen Zeitzeugen schon seit 20 Jahren nicht die herausgehobene Rolle. 99,9 Prozent aller Gedenkstätten-Besucher begegnen keinem Überlebenden“ meinte jedenfalls Jens-Christian Wagner, Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in einem Interview mit dem Deutschlandfunk Anfang des Jahres. Im Westen war der Zeitzeuge als Quelle einer erzählenden Geschichte, wenn überhaupt, erst ab den 1970er Jahren gefragt, in den KZ-Gedenkstätten der DDR zwar schon früher, dort aber auch nur, wenn er beglaubigte, daß die Kommunisten die wichtigsten Opfer des NS-Systems und die Helden des Widerstands waren.

Für die Aufarbeitung der „großen Geschichte“ hatten Zeitzeugen immer nur eine geringe Relevanz, zumal ihre Aussage, verständlicherweise, auch stets subjektiv war. Und doch wird jeder Schüler, jeder Gedenkstättenbesucher bestätigen, wie sehr ihn der Bericht, die Geschichte, die er da gerade gehört oder gelesen hat, betroffen machte und berührte. Für das Verständnis der Geschichte sind Zeitzeugen mit ihrem ganz persönlichen Bericht daher nicht wegzudenken.

Doch was machen wir, wenn selbst die wenigen zur Verfügung stehenden Zeitzeugen ausfallen, die Besucher nicht mehr in die Gedenkstätten kommen können? Viele Gedenkstätten versuchen es mit Videoclips, die sie produzieren und auf populären Internetplattformen wie z.B. YouTube zur Verfügung stellen. Manche noch etwas holprig wie Sachsenhausen, andere schon professionell mit Life-Stream wie Bautzen.

Auch das Bautzen-Komitee hat beschlossen zu handeln und sich mit Ulrich Ingelath professionelle Hilfe geholt. Ulrich Ingelath hat Staatswissenschaften und Geschichte studiert und war als Jugendoffizier der Bundeswehr tätig. Seit vielen Jahren führt er mit großem Engagement Besuchergruppen durch die Gedenkstätte Bautzen. Im Rahmen eines einjährigen Projektvertrages wird er für das Bautzen-Komitee u.a. folgende Projekte entwickeln und anbieten:

- Exkursionen rund um die Haftanstalt Bautzen und auf den Karnickelberg mit Erläuterungen zur Geschichte der Haftanstalt als Speziallager Nr. 4 und zum Gräberfeld. Geplant sind ebenfalls Andachten bzw. Meditationen in der dortigen Kapelle. Das Projekt hat den Charakter eines erweiterten Spaziergangs von ca. 3,5 km, welcher unterbrochen wird durch Hafterinnerungen



Gedenkkapelle auf dem Karnickelberg, Mai 2008 nach der Andacht.



Informationstafel.



Teil der Anlage auf dem Karnickelberg.

ehemaliger Speziallager-Häftlinge, und soll auch Schulen angeboten werden.

- Eine zweigeteilte Führung durch die Speziallager-Ausstellung in der Gedenkstätte und über den Karnickelberg von ca. zwei Stunden mit bis zu 20 Personen.
- Um den Karnickelberg und seine Geschichte – jenseits von Gedenktagen und Kranzniederlegungen – wieder stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken und für andere Besuchergruppen zu öffnen, sind im westlichen Bereich des Areal unter dem Arbeitstitel „Kultur auf dem Karnickelberg“ im Spätsommer an Samstagabenden zwei bis drei Konzerte mit anspruchsvoller Musik geplant.
- Die Gedenkstätte beabsichtigt mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge 2021 eine technisch-sensorische Grablagenanalyse des Areal rund um die Justizvollzugsanstalt. Herr Ingenlath begleitet dieses Projekt für das Bautzen-Komitee öffentlichkeitswirksam und steht als medialer Ansprechpartner von Seiten ehemaliger

Häftlinge und deren Angehörigen zur Verfügung.

Diese und viele andere Projekte sollen in den nächsten zwölf Monaten geplant und erfolgreich umgesetzt werden. Bezahlt werden sie von uns und unseren Mitgliedern. Bei keiner öffentlichen Stelle wurde eine Finanzierung beantragt. Ob die Projekte von Erfolg gekrönt sind, wissen wir nicht, es wird sich zeigen. Die Alternative wäre, weiterhin nichts zu tun – und das kann es ja nicht sein!

Alexander Latotzky

Vorsitzender des Bautzenkomitees

3,8 Millionen Euro für Gedenkstätte Chemnitz-Kaßberg

Aufbau einer Gedenkstätte im ehemaligen Gefängnis

(pm)Sachsens Kulturministerin Barbara Klepsch hat am 26. Oktober 2020 einen Fördermittelbescheid an den Verein „Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis“ in Chemnitz übergeben. Mit Hilfe der Mittel soll im Hafttrakt B des ehemaligen Gefängnisses eine Gedenkstätte entstehen.

„Der Kaßberg ist ein Ort mit mehrfacher Repressionsgeschichte. Bekannt als Stasi-Gefängnis im Rahmen des deutsch-deutschen Häftlingsfreikaufs, litten hier bereits unter der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus politische Gefangene sowie auch Chemnitzer Juden. Gemeinsam mit dem Bund und der Stadt Chemnitz finanzieren wir den Aufbau einer Gedenkstätte, die sich mit allen dunklen Kapiteln dieses Ortes auseinandersetzt“, so Kulturministerin Barbara Klepsch, die auch Vorsitzende des Stiftungsrates der Sächsischen Gedenkstättenstiftung ist.

„Der Förderbescheid ist ein Meilenstein für unsere Entwicklung. Die nun gesicherte Finanzierung ermöglicht den Umbau des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses zu einem Lernort für Demokratie. Wir freuen uns sehr über die Förderung und auf die kommende Gedenkstätte“, sagte Jürgen Renz, Vorsitzender des Vereins Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis.

Der überreichte Förderbescheid umfaßt rund 3,6 Millionen Euro. Der Freistaat Sachsen stellt für das Projekt 2,4 Millionen Euro aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR zur Verfügung. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Me-

dien finanziert das Projekt mit rund 1,2 Millionen Euro.

Zusätzlich zum Förderbescheid wird die Stadt Chemnitz die Errichtung der Gedenkstätte mit 180 000 Euro fördern. Die nach Fertigstellung anfallenden Betriebs- und Personalkosten werden durch die Stadt Chemnitz und die Stiftung Sächsische Gedenkstätten getragen.

Bereits 2017 konnte an der Außenmauer ein Gedenkort eröffnet werden, für dessen Errichtung der Sächsische Landtag Gelder bereitgestellt hatte.


Über das ehemalige Gefängnis Chemnitz-Kaßberg

Der Kaßberg ist als Abschiebegefängnis der DDR bekannt geworden. Im Jahr 1989 verfügte der vom Ministerium für Staatssicherheit genutzte Gefängnisteil über 163 Zellen, in denen 329 Häftlinge untergebracht werden konnten. Von hier aus wurde der Häftlingsfreikauf in den Westen durch die DDR abgewickelt, der im Gegenzug für von der DDR dringend benötigte Devisen sorgte. Fast 30 000 freigeverkaufte Häftlinge wurden über das Kaßberg-Gefängnis abgeschoben. Mit diesem Alleinstellungsmerkmal wird die Gedenkstätte zu einem zentralen Ort für die Aufarbeitung der deutsch-deutschen Teilungsgeschichte. Als eine der wenigen Gedenkstätten, die SED-Unrecht abbilden, kann an diesem historischen Ort die ost- wie die westdeutsche Perspektive des Häftlingsfreikaufs gezeigt werden.

Vor 1945 hielt die Gestapo des NS-Regimes hier Personen gefangen, die für die Volksgemeinschaft als nicht würdig angesehen wurden. Nicht zuletzt spielte der Kaßberg bei der Verfolgung Chemnitzer Juden eine Rolle. Nach dem Krieg bezog der sowjetische Geheimdienst hier Quartier. Nicht nur NS-Verbrecher, sondern auch Jugendliche, die beispielsweise haltlos beschuldigt wurden, der Untergrundorganisation „Werwolf“ anzugehören, waren hier Häftlinge ebenso wie Personen aus dem Umfeld der Wismut, die man der Spionage oder Sabotage bezichtigte, inhaftiert.

Über den Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis

Seit seiner Gründung im Jahr 2011 setzt sich der Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. dafür ein, auf dem Gelände der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt Kaßberg in Chemnitz einen Lern- und Gedenkort einzurichten. In ehrenamtlicher Tätigkeit engagieren sich die Mitglieder des Vereins mit Führungen und Veranstaltungen. Dazu gehören auch Zeitzeugengespräche in und außerhalb von Chemnitz. Bis zum Beginn der Umbaumaßnahmen im Winter 2018 ermöglichte er in den Jahren 2017 und 2018 – meist in Begleitung von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen – jeweils etwa 130 Gruppenbesichtigungen über das einstige Haftgelände.

Als außerschulischer Lernort will die Gedenkstätte Kaßberg-Gefängnis das Wissen über die zwei deutschen Diktaturen wachhalten und mit einem vielfältigen pädagogischen Programm vor allem jungen Menschen immer wieder den Wert einer rechtsstaatlichen demokratischen Gesellschaft vor Augen führen. Der Lern- und Gedenkort soll zum freien Meinungs-austausch einladen und demokratiefördernd wirken. 

Härtefallfonds statt Entschädigung?

UOKG-Petition an den Deutschen Bundestag nach drei Jahren noch unbeantwortet

Von Inge Bennewitz

Seit 30 Jahren warten die aus dem 5-km-Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze Zwangsausgesiedelten auf eine angemessene Entschädigung für das ihnen zugefügte Leid.

Am 26. April 2018 haben die UOKG und ich als Hauptpetentin beim Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages eine Bittschrift eingereicht, in der wir für jeden dieser einst 11 500 Menschen (3,4 Prozent der Bewohner) eine einmalige finanzielle Entschädigung fordern – für den zu Unrecht erlittenen seelischen Schaden – in Analogie zur Kapitalentschädigung, die Haftopfern zusteht.

Auslöser für diese Petition waren wissenschaftliche Untersuchungen von Psychiatern der Universität Greifswald, die zu der Feststellung kamen, daß Zwangsausgesiedelte mit der gleichen Häufigkeit wie Haftopfer (60 Prozent) psychisch erkranken. Die Forscher beklagen für diese Gruppe erhebliche Defizite im Hinblick auf angemessene Entschädigungsleistungen und schreiben, zur Bewältigung der erlittenen Repressalien seien gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen von ganz entscheidender Bedeutung und weiter: „Aber nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt entscheidet der Umgang mit den Opfern politischer Verfolgung mit darüber, wie die Überwindung der deutsch-deutschen Teilung ... gelingen kann“.

Am 11. September 2020 wurde im Kino in Salzwedel die TV-Dokumentation von Sven Stephan (m d r) „Aktion Ungeziefer“ – Vertrieben in der DDR, uraufgeführt. Darin schildern Zeitzeugen, wie sie 1952 innerhalb von Stunden von Haus und Hof vertrieben, erst auf LKWs und dann in Eisenbahnwaggons verladen und langsam in Richtung Osten abtransportiert wurden, beherrscht von der Angst, in Sibirien zu landen.

Es kommt auch ein früherer Volkspolizist zu Wort: Vor dem Hintergrund von lauter an die Wand genagelten Jagdtrophäen sagt er, es habe die Richtigen getroffen: „Das war die Zeit, wo der Druck auf die Staatsgrenze von dieser (sic!) Seite aus hoch war, und deshalb wollte man die Grenze stärker sichern. Also mein Eindruck dazu: die Leute, die das festgelegt haben, die mußten ja einen Grund haben. Ich verstehe schon, die Sicherheit des Grenzgebietes ging zu dieser Zeit vor, und da mußten alle Maßnahmen eingeleitet werden, die die Grenze nicht gefährdeten“. Mittendrin ein „Kikeriki“. Dann eine Stimme aus dem Off: „Daß zu diesen Maßnahmen die Zwangsausiedlung von Menschen gehört, das überraschte damals auch Heinz B. Bis heute bezweifelt er, daß die Vertreibung Unschuldige getroffen hat.“

Noch ganz der Vopo, kommt Protest: „Nein, das hat's nicht gegeben, das hat's nicht gegeben. Die Aufklärung dieser

Leute war rechtzeitig und war auch ganz exakt durchgeführt.“

Anneliese Fleischer ist damals 14 Jahre alt. Am 29. Mai 1952 wird sie gegen 10 Uhr zusammen mit ihrer kleinen Schwester aus der Schule in Cheine nach Hause geschickt. Der elterliche Hof ist von Bewaffneten umstellt. Weil der Vater ein Bein in Gips hat, muß sie zusammen mit der Mutter die Möbel von Küche, Wohn- und Schlafzimmer auf einen LKW laden. In Ellenberg wird alles in einen halben, offenen Eisenwaggon verstaut, dann geht die Fahrt die ganze Nacht über in Richtung Osten. Manche Familien fahren im offenen Waggon mit, aus Furcht, von der verbliebenen Habe abgekoppelt zu werden.

An der Ritzer Brücke vor Salzwedel ist Halt. Ein grausiger Ort, den jeder Altmärker kennt. Hier starben im April 1945 244 KZ-Häftlinge. Verhungert und verdurstet wurden sie direkt neben den Gleisen begraben. Genau hier kommt gut sieben Jahre später der Zug mit den aus Cheine Vertriebenen zum Stehen. Der Vater von Anneliese Fleischer denkt plötzlich laut: „Jetzt werden wir erschossen, wie die Juden.“ Aber der Zug rollt doch langsam weiter und ist gegen Mittag des nächsten Tages am Ziel - in Delitzsch. Da gibt es die erste Verpflegung. Nudelsuppe, erinnert sich die heute 82-Jährige.

Sie war, wie viele Kinobesucher in Salzwedel, schockiert über die Äußerungen des einstigen Volkspolizisten. Und es stellt sich die Frage, ist bei der Aufarbeitung dieses finsternen Kapitels SED-Unrecht etwas falsch gelaufen?

Fast jeder glaubt, ungefähre Vorstellungen von Haft zu haben und weiß, daß es in der DDR mehr als 200 000 politische Häftlinge gegeben hat. Man weiß es vor allem durch regelmäßige Meldungen über die ihnen gewährten Entschädigungsleistungen (Kapitalentschädigung, Opferpension, Häftlingshilfe, Härtefallfonds).

Unter „Zwangsausiedlungen“ zu Friedenszeiten kann man sich nur schwer etwas vorstellen, was sich auch kaum ändern läßt. Aber die Masse der Menschen in Deutschland weiß nicht mal, daß es sie gegeben hat. Wenn der Vopo davon ausgehen müßte, daß auch die Zwangsausgesiedelten eine den Haftopfern adäquate Entschädigung bekommen hätten, würde er seine Meinung vielleicht nicht ändern. Sie haben aber keine Entschädigung bekommen. Und solange das so bleibt, werden Leute wie er die Zwangs-



Marian Wendt, MdB, nimmt die Petition von Inge Bennewitz entgegen; rechts im Bild Carla Ottmann.

ausgesiedelten weiter öffentlich kriminalisieren und stigmatisieren und sie weiter daran hindern, über ihr Schicksal zu reden. Die Aufarbeitung von SED-Unrecht sollte anders aussehen.

Um das zu ändern, müßte der Deutsche Bundestag die Empfehlungen der Greifswalder Forscher in die Tat umsetzen und der Petition zustimmen. Die Fraktionen von FDP, GRÜNE und LINKE haben ihre Zustimmung längst signalisiert. Die SPD verhält sich abwartend. Und die CDU?

Elisabeth Freyer (AIZ, OdS Thüringen) wurde 1961 aus Sonneberg vertrieben. Im Mai 2019 war sie dort mit MdB Mark Hauptmann verabredet, um mit ihm über das Positionspapier von CDU/CSU „Die deutsche Einheit: Erinnern, Anerkennen, Brücken bauen“ zu reden, in dessen Entwurf vom 4. März 2019 die Zwangsausgesiedelten (Punkt 20) erwähnt sind. Statt dessen drückte er ihr mit Nonchalance das Papier „Härtefallfonds zur Gewährung von Unterstützungsleistungen von in der SBZ und in der DDR aus politischen Gründen Verfolgte“ in die Hand. Mark Hauptmann.

Im Herbst 2020 war sie mit Marlies Wagenknecht (AIZ), einer Protagonistin der




Foto: TV-Dok. mdr 2020
„Aktion Ungeziefel“

Ehemaliger Volkspolizist aus Salzwedel auf die Frage, ob die Zwangsausiedlungen Unschuldige getroffen haben: „Nein, das hat's nicht gegeben, das hat's nicht gegeben.“

mdr-TV-Doku, bei MdB Marian Wendt in Delitzsch. Auch er brachte nur den Härtefallfonds ins Gespräch. Der ist eine gute Sache für Verfolgte mit prekärem Einkommen und in sozialer Notlage, in Brandenburg längst praktiziert. Niemals kann er die Lösung für die Gruppe der Zwangsausgesiedelten sein. Er würde Leuten wie dem ehemaligen Vopo nur noch Wasser auf die Mühlen geben: einmal asozial, immer noch asozial, also doch Verbrecher!

Was den Zwangsausgesiedelten sieben Jahre nach Kriegsende angetan wurde, war kein erklärbares Kollektivschicksal wie das der Vertriebenen und Flücht-

linge von 1945. Sie wurden benutzt, um die Dagebliebenen einzuschüchtern. 1994 schrieb die Staatsanwaltschaft: „Nötigung“. Aber hat es funktioniert? Ein Stasimitarbeiter gab 1961 laut Akten zu bedenken: „Wenn ein Gegner ausgewiesen wird, bringt das zehn neue hervor.“ Genauso haben das viele Zwangsausgesiedelte empfunden, wodurch die quälende Frage nach dem Warum immer offen ist und bleiben wird, solange das Schicksal der Betroffenen nicht mit einer angemessenen Entschädigung gewürdigt ist, als Aufklärung und Anerkennung des Unrechts durch unsere ganze Gesellschaft. 

Stilles Gedenken

Michael Gartenschläger vor 45 Jahren durch Stasi-Kommando erschossen

(pm)Vor 45 Jahren, in der Nacht zum 1. Mai 1976, wurde Michael Gartenschläger von einem Stasi-Spezialkommando in der Nähe von Büchen an der DDR-Staatsgrenze erschossen. Seine sterblichen Überreste wurden unter äußerster Geheimhaltung in Schwerin als „unbekannte Wasserleiche“ eingäschert und namenlos auf dem Schweriner Waldfriedhof beigelegt. An seinem nach 1990 eingerichteten Ehrengrab legten am 30. April 2021 die Landesbeauftragte für MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anne Drescher, und Vertreter der Gesellschaft für Regional- und Zeitgeschichte Blumengebinde nieder.

„Michael Gartenschläger gehört in die Reihe derjenigen, die sich mit ihrem unbändigen Freiheitswillen und im Wissen um die Gefahr gegen das Unrecht und die Unmenschlichkeit der DDR-Staatsgrenze gestellt haben und dafür letztlich mit ihrem Leben bezahlen mußten“, sagte die Landesbeauftragte Anne Drescher.

Bereits als 17-Jähriger war Michael Gartenschläger mit dem System in Konflikt geraten und wurde 1961 in einem Schauprozess zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt. Nach zehn Jahren Haft wurde er 1971 vom Westen freigekauft. Mit dem Abbau von Selbstschußanlagen hatte Michael Gartenschläger das SED-Regime zutiefst blamiert. Er hatte den Beweis erbracht, daß diese Tötungsautomaten von der DDR menschenrechtswidrig – obwohl stets gelegnet – zur Grenzsicherung eingesetzt wurden. Der Abbau weiterer Exemplare sollte verhindert werden. Dazu sah der Maßnahmenplan der Berliner Stasi-Hauptabteilung I vom April 1976 für die Einsatzkompanie vor, den Täter „festzunehmen bzw. zu vernichten“. Neun der über 80 auf ihn abgefeuerten Schüsse trafen Michael Gartenschläger und verletzten ihn tödlich. Drei beteiligte Schützen mußten sich 1999 bis 2000 vor dem Landgericht Schwerin wegen des Vorwurfs des versuchten Mordes verantworten. Weil

nicht widerlegt werden konnte, daß die Stasi-Einsatzkräfte in einem Schußwechsel mit Gartenschläger in Notwehr gehandelt hätten, wurden sie freigesprochen.


Von 1971 an bis zum Abbau 1984 waren an der Westgrenze der DDR auf 447 Kilometern insgesamt etwa 60 000 Splittermine SM-70 installiert worden. Eine ausgelöste Splittermine verschoß etwa 100 scharfkantige Stahlsplitter und sollte Flüchtlinge tödlich oder schwer verletzen und damit den Grenzübertritt verhindern. 



Foto: B. Bleyl/AMV

Ehrengrab Michael Gartenschlägers.

Demokratie und Freiheit als feste Größen

Sigurd Binski zum 100. Geburtstag

Nur sehr zögerlich gibt Sigurd Binski eigene biographische Daten preis. In schwerer Zeit sind es seine Eltern, die nach seinem scheinbar spurlosen Verschwinden am 30. März 1951 in wenigen Briefen an das Ministerium des Innern der DDR um Aufklärung bitten. Die Aufklärung besteht darin, daß die Briefe an die Staatssicherheit weitergeleitet werden.

Binski entstammt einem seit Jahrzehnten sozialdemokratisch geprägten Elternhaus, geboren am 18. Februar 1921 in Berlin. Sein Vater Friedrich ist von den Nazis gemäßregelt worden. In seinem Heimatort Tiefensee wird Friedrich Binski bald nach 1945 Direktor der Schule, Mitglied der SED und Vorsitzender der Gemeindevertretung. Wie so viele seiner Generation mag er an einen neuen, sozialistischen Aufbruch geglaubt haben. In diesem Sinne versucht er, seinen Sohn Sigurd zu beeinflussen. Das Neue sollte sich aber schon bald als das Alte entpuppen. Jahrzehnte später stellt Sigurd Binski den Sozialismus als Gesellschaftsform an sich in Frage.

Nach einer guten Schulausbildung in Tiefensee und Bad Freienwalde wird Binski 1939 zur Wehrmacht eingezogen. Immerhin hat er noch das Abitur an der Realschule ablegen können. Seit April 1946 ist er in einem Sägewerk in Rüthen an der Möhne im Sauerland beschäftigt, bis er nach Bonn geht und dort von 1946 bis 1951 im Hauptfach Psychologie studiert. Am 15. Mai 1950 besteht er die Diplom-Vorprüfung für Psychologen. Daneben ist Binski seit Juni 1948 in einem marxistischen Studentenzirkel an der Universität Bonn tätig. Die Gruppe will nicht eng parteipolitisch tätig werden, „sondern sich kritisch mit dem Marxismus als Idee auseinandersetzen“.

Als Binski vom 27. bis zum 30. März 1951 in Tiefensee seine Eltern besucht, hat er mit seinem Vater über den Abschluß seiner Dissertation in Bonn und über seine fernere wissenschaftliche Zukunft gesprochen. Früh bricht er am 30. März auf, um in Ostberlin, Stargarder Straße, seine Tante Grete Dietze, die Schwester seines Vaters, zu besuchen. Dort ist er nie angekommen. Ein Bekannter teilt später mit, er habe Sigurd Binski am Alexanderplatz aussteigen sehen.

Es ist der Tag seiner Verschleppung. „Sigurd Binski“, so sein Mitgefänger

und lebenslanger Freund Horst Hennig, „wurde mit zehn Jahren Fernurteil im Gefängniswagen von Berlin Lichtenberg nach Workuta auf Transport geschickt.“ Das „Urteil“ hat ein Sowjetisches Militärtribunal (SMT) am 30. März 1951 gefällt.

Die Rückkehr von Binski in die Bundesrepublik Deutschland, in das normale bürgerliche Leben, gestaltet sich, wie für alle politischen Häftlinge aus sowjetischer Gefangenschaft, schwierig und doch erfolgreich.



Binski arbeitet vorübergehend als freier Journalist. Vor allem ist er tätig in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS). Er setzt sich für die politischen Häftlinge in der DDR ein und betreut Entlassene und Hinterbliebene. Schon bald gehört er zum erweiterten Vorstand der VOS und zur Redaktion der Zeitschrift „Freiheitsglocke“, die er über 30 Jahre ehrenamtlich, erfolgreich leitet. Zusammen mit Horst Schüler begründet er 1957 die Lagergemeinschaft Workuta, die zu einem festen Bestandteil der VOS wird.

Als Sigurd Binski im Dezember 1993 überraschend stirbt, ist das für seine Familie und für die Zeitschrift „Freiheitsglocke“ ein Einschnitt, der nur schwer zu verkraften ist. Binski war die „Freiheitsglocke“ und die „Freiheitsglocke“ war Binski. Über Jahrzehnte hat er die Zeitschrift, das Organ der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) geleitet und selbst über 200 Beiträge geschrieben. Er hat das sowjetrussische Lagersystem in Workuta viereinhalb Jahre erlebt, die rote Sklavenarbeit im Bergbau unter Tage mühsam überlebt und ein Stück des real

existierenden Sozialismus ausgestanden. Höhepunkt war zweifellos der große Streik vom 1. August 1953 in Lager 10, Schacht 29, in Workuta, den Binski mit organisiert hat.

Dieser Streik in Workuta hat Binski nicht wieder losgelassen. Er wird zum ersten Chronisten dieses noch weithin unbekanntes Ereignisses. Gleich nach seiner Rückkehr nach Deutschland veröffentlicht er in der Haspener Zeitung 1955/56 eine erste Fassung in zwölf Fortsetzungen. Danach folgt am 6. August 1956 in der „Freiheitsglocke“ eine weitere, überarbeitete Ausgabe: „Workuta – Der große Streik“.

Wenn die Geschichte der deutschen Einheit aus einem gewissen Abstand geschrieben wird, können die Beiträge von Sigurd Binski ein Baustein, eine Quelle sein. Sie sind zuverlässig recherchiert und behandeln alle wichtigen Geschehnisse in seiner Zeit, fast über ein halbes Jahrhundert. Binski mußte sich nicht verbiegen und hat sich nicht verbogen. Er kritisierte Kritikwürdiges. Immer wiederkehrendes Thema war die finanzielle Ungleichbehandlung zwischen Holocaust- und Gulag-Opfern. Die Arbeitslosigkeit im demokratischen Rechtsstaat hat er verworfen, ohne der Planwirtschaft im Osten das Wort zu reden.

Binski stimmt nicht ein in mancherlei Triumph. Er sieht die großen Schwierigkeiten, menschlichen Tragödien und chaotischen Verhältnisse, die es zu bewältigen gilt. Die deutsche Einheit hat ihren Preis und ist längst nicht vollendet. Anfang der 90er Jahre warnt er vor illegalen Einwanderungen nach Deutschland. Außen- und innenpolitische Tatbestände legt er offen, stellt sie dar, versucht sie zu erklären und die Hintergründe zu analysieren. Politische Gegenwartsfragen behandelt Binski aus seiner konservativen Grundhaltung klar und ohne Umschweife. Er muß nicht theoretisieren. Die kommunistische Lagerhaft hat ihn geprägt. Unmittelbar hat er den real existierenden Sozialismus täglich, über viereinhalb Jahre, erfahren. Demokratie und Freiheit sind für ihn feste Größen im menschlichen Zusammenleben, die Wahrung der Menschenrechte eine Voraussetzung.

Gerald Wiemers

Um der Wahrhaftigkeit willen

Zum Tod Karlheinz Blaschkes

Die SBZ/DDR-Zeit hat der am 4. Oktober 1927 geborene Karlheinz Blaschke voll umfänglich erlebt, erlitten und auf seine Weise gestaltet.

Nach Ende des Krieges legte er 1946 das Abitur ab, bestand 1948 die landwirtschaftliche Gehilfenprüfung und begann das Studium der Geschichte, Germanistik und Latinistik an der Universität Leipzig. Sein besonderes Interesse galt der sächsischen Landesgeschichte. Als Hilfsassistent arbeitete er zusätzlich im Universitätsarchiv. Sein akademischer Lehrer Rudolf Kötzschke förderte und forderte ihn. Bereits im Dezember 1950 promovierte Blaschke mit einer Arbeit über die fünf neuen Universitätsdörfer, darunter Holzhausen. Anschließend nahm er das Studium der Archivwissenschaft bei Heinrich Otto Meisner am Institut für Archivwissenschaft in Potsdam auf. Zwei Jahre später, nach erfolgreichem Abschluß seines Studiums, war die Stelle im Universitätsarchiv Leipzig anderweitig besetzt. Blaschke entschied sich für das traditionsreiche Landeshauptarchiv in Dresden. In dieser Zeit entstand eines seiner Hauptwerke, das vierbändige „Historische Ortsverzeichnis von Sachsen“, zuletzt 2006 Neubearbeitet in zwei Bänden.

Als sich Blaschke 1962 mit einer Arbeit zur Bevölkerungsgeschichte von Sachsen bis zur Industriellen Revolution an der Universität Leipzig habilitierte, erhielt er als sogenannter bürgerlicher Historiker keine Lehrberechtigung, die üblicherweise mit der Habilitation verbunden war. Blaschke war bereits 1956 als Gegner der Blockpolitik aus der CDU ausgetreten. 1972 wird er in das Domkapitel Meißen berufen und zu dessen Dechanten gewählt. Dieser ältesten Stiftung Sachsens gehörte er bis zum Jahr 2003 an.

1968 verließ er aus politischen Gründen das Landeshauptarchiv und nahm die einzige nichttheologische Dozentur an der Kirchlichen Hochschule in Leipzig, die staatlich nicht anerkannt war, an. Hier lehrte er bis 1990 und bildete künftige evangelische Theologinnen und Theologen aus, die keinen Platz an der Universität erhalten hatten.

Blaschke lehnte die marxistische Regionalgeschichtsschreibung ab und forschte weiter zur Landesgeschichte. Als bekennender

Christ hatte er kaum noch Spielräume im offiziellen System der DDR, vor allem keine Publikationsmöglichkeiten. An die fällige Ernennung zum Professor war nicht zu denken. Dies wiederum verhinderte, vorgegeben, seine Mitgliedschaft in der Sächsischen Akademie der Wissenschaften. Lediglich in die Historische Kommission bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften war er früh gewählt worden.

Blaschke war seit über 60 Jahren Mitglied der Historischen Kommission, zuletzt ihr Senior. Die vergangenen 30 Jahre sollten seine fruchtbarsten werden. Genannt seien nur der „Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen“ und die „Geschichte Sachsens im Mittelalter“. Neu belebt hat er das „Neue Archiv für Sächsische Geschichte“ mit dem 64. Band und die „Sächsischen Lebensbilder“.

Mit der Zuwahl in die Historische Kommission 1957 folgte nicht der akademische Aufstieg. Für die zweite deutsche Diktatur sollte Blaschke bald zur persona non grata werden, ein sogenannter bürgerlicher Historiker. Die Historische Kommission blieb für ihn über drei Jahrzehnte das einzige Forum, in dem er gleichzeitig den Gedankenaustausch mit Gleichgesinnten und die sachliche Auseinandersetzung mit marxistischen Historikern führen konnte. Als die von Blaschke vertretene Landesgeschichtsforschung zur „Regionalgeschichte“ und schließlich zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung verkam, hat er folgerichtig unter Einschluß großer persönlicher Schwierigkeiten seine Publikationstätigkeit in die Bundesrepublik Deutschland verlagert. In vorbildlicher Weise hat er die Sächsische Geschichte gegen politisch determiniertes Denken vertreten, einer unterwürfigen marxistischen Regionalgeschichtsschreibung widersprochen. Davon zeugen die Protokolle der Historischen Kommission.

Etwa ab 1960 haben Blaschke und der Germanist und Historiker Hans Walther eine besonders wertvolle Schriftenreihe in der Kommission begründet und unter schwierigen drucktechnischen Bedingungen im Sächsischen Hauptstaatsarchiv auch betreut, die „Quellen und Forschungen zur Sächsischen Geschichte“.

Blaschke hat der Historischen Kommission in seiner langjährigen Mitgliedschaft

mehr gegeben als umgekehrt. In seiner geraden, aufrichtigen Art hat er der Kommission mehr als einmal den Spiegel vorgehalten. Gewiß wurden Wunden geschlagen, auch nahm die Diskussion zuweilen scharfe Konturen an. Seine überlegenen Fähigkeiten und festen Überzeugungen ließen ihn manchmal als kantig erscheinen; dies aber immer um der Wahrhaftigkeit willen.



Karlheinz Blaschke, 2012 in Leipzig.

Stets unterschied er zwischen der sachlichen Auseinandersetzung und der persönlichen Würde, deren Schutz auch der größte Gegner von ihm erwarten durfte. Er verachtete die Lauen, die ihm besonders geschadet haben, Kombattanten des alten Regimes, Mitläufer, die plötzlich als Opfer ihre Rolle fanden und die zahllosen Inkonsequenten, die früher selbst an den Verhältnissen partizipierten und nun auf ihre machtlosen Gönner einschlugen, um von sich selbst gebührend abzulenken. Blaschke blieb bis zuletzt das kritische Gewissen der Kommission.

Karlheinz Blaschke war verheiratet mit Renate, geb. Hellmessen, seit 1954. Seine Frau hat Biologie studiert, promoviert und sich habilitiert. Sie war als Professorin für medizinische Mikrobiologie an der TU Dresden tätig. Aus der Ehe sind zwei Mädchen hervorgegangen: Mechthild, geboren 1962, und Gundula, geboren 1965.

Am 25. Dezember 2020 ist Karlheinz Blaschke gestorben.

Denkort

Skulptur zum Gedenken an Opfer der sowjetischen Militärjustiz und der Stasi

(Büko15.1.) Unmittelbar neben dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit wird die Skulptur „Einschlüsse“ des Berliner Künstlers Roland Fuhrmann errichtet (s. S. 1). Der Entwurf ist von einer Jury für den Erinnerungs- und Gedenkort Roedeliusplatz ausgewählt worden. Er zeigt vier aus Metall nachgebildete Zellen, die ineinander gekeilt und zusammengedrückt sind und erinnert damit an diejenigen, die ab 1945 mit z. T. grob rechtsstaatswidrigen Methoden an den Orten der Repression inhaftiert und verurteilt wurden. Damit wird ein Vorschlag des Aufarbeitungsvereins Bürgerkomitee 15. Januar e.V. nach mehrjähriger Diskussion realisiert.

„Nachdem jahrelang über das Stasi-Gelände als Ort der Repressions-Apparatschiks geredet worden ist, wird endlich ein beeindruckendes Zeichen für die gesetzt, die unter der stalinistisch geprägten Repression gelitten haben. Nach dem Krieg sind Hunderte in Verantwortung des dortigen Militärgerichtes zum Tode und zu unmenschlichen Langzeitstrafen verurteilt worden. Von denen, die anfangs verurteilt wurden, waren sicher manche nicht unschuldig, weil in NS-Verbrechen verstrickt. Aber die Methoden waren von vornherein roh und wie auch später unter Regie des MfS diente die Haftanstalt in der Alfred-/

Magdalenenstraße zunehmend der strafrechtlichen Verfolgung von Kritikern des nach dem Krieg etablierten undemokratischen Systems“, so Dr. Christian Booß vom Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar e.V.

Die Skulptur soll in Sichtweite des Gründungsgebäudes der Stasi an der Normanenstraße aufgestellt werden. Von dort sind auch die anderen Orte zu sehen, in denen Menschen eingesperrt waren. Neben dem Gefängnis der erste Sitz der Stadtkommandantur in der Schottstraße 6, in deren Keller sich Haftzellen befunden hatten. In der Haftanstalt Magdalenen-/Alfredstraße tagten ab 1945 Sowjetische Militärtribunale. Allein hier wurden ca. 200 Menschen zum Tode verurteilt. Daß dortige Gericht war ab 1950 aber auch für die anderen SMT-Todesurteile in der ganzen DDR zuständig, wie auch die im Zusammenhang mit dem Volksaufstand vom 17. Juni ausgesprochenen. In Stasi-Regie diente die Haftanstalt als zweite Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums. Während der Haftkomplex in Hohenschönhausen abgeschottet war, wurden in dieser Haftanstalt Anwaltsgespräche, Besuche von diplomatischen Vertretungen und Verwandten abgewickelt. Sie diente auch als erster „Zuführungspunkt“ bei Massenverhaftungen im Herbst 1989.

Der Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar e.V., Berlin, begrüßt, daß sein Vorschlag, am ehemaligen Stasi-Gelände einen künstlerisch gestalteten Gedenkort zu schaffen, jetzt konkret wird. Der Verein hatte 2018 die geschichtsvergessene Platzgestaltung am Roedeliusplatz kritisiert. Nach einer entsprechenden Presseberichterstattung griff das Bezirksamt Lichtenberg die Idee des Vereines auf. Auf Basis von mehreren Forschungsstudien des Aufarbeitungsvereins erforschte und diskutierte ein Runder Tisch fast zwei Jahre über die Geschichte und Bedeutung der Orte in der Nähe des Stasi-Komplexes. Auf dieser Basis lobte der Bezirk Lichtenberg 2020 einen Wettbewerb aus. Für den Runden Tisch, den Wettbewerb und jetzt die Realisierung des ausgewählten Vorschlages werden sogenannten PMO-Mittel benutzt, u.a. Gelder aus dem beschlagnahmten SED-Vermögen, was sich die Partei auf Kosten der Allgemeinheit angeeignet hatte.

Zu Repressionsorganen am Roedeliusplatz und den Diskussionen zum Gedenkort mehr:

<http://horch-guck.de/7/zum-stasi-gelaende-in-berlin/default-title-1>

Zu den Entwürfen: <https://mein.berlin.de/projekte/kunstwettbewerb-gedenk-und-erinnerungsort-roedeliu/>

Ausstellung verlängert

(sbz)Anlässlich des Gedenkens an den 75. Jahrestag des Beginns der Deportation der Siebenbürger Sachsen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion präsentiert das Siebenbürgische Museum Gundelsheim bis zum 15. August die Ausstellung „...skoro damoi!‘ Hoffnung und Verzweiflung. Siebenbürger Sachsen in sowjetischen Arbeitslagern 1945–1949“.

Das „Skoro damoi!“, das stetig wiederkehrende Versprechen „Bald geht’s nach Hause!“ an die aus Siebenbürgen Verschleppten, verdichtete sich in den Lagergemeinschaften im Donbass, im Ural und in Sibirien anfangs zur Chiffre von kräftemobilisierender und lebenstragender Hoffnung. Später wurde es, als propagandistisches Heimkehrgerücht der Sowjets entlarvt, zum Ausdruck von Enttäuschung, Resignation oder sogar Verzweiflung.

Die Ausstellung präsentiert das Thema auf drei wichtigen Ebenen. Wie der Titel es verdeutlicht, eröffnen original erhaltene Tagebücher, spätere Lebensberichte und Interviews mit ehemaligen Deportierten sowie zahlreiche Briefe und Fotografien aus den Lagern Interessierten

einen Zugang auf emotionaler Ebene. Die darin geschilderten Geschehnisse spiegeln sowohl die persönliche Not und den täglichen Überlebenskampf als auch die große Solidarität und Menschlichkeit unter vielen der Verschleppten.

Auf einer zweiten Ebene werden die historischen Fakten in chronologischer Reihenfolge der Ereignisse als Folge des Zweiten Weltkriegs wiedergegeben. Sie sind eingebettet in die wirtschaftlich-politischen Lebensbedingungen in der russischen Nachkriegsgesellschaft, die ihrerseits geprägt war von den Kriegszerstörungen durch die Invasion deutscher Truppen, von den stalinistischen Säuberungen und der bolschewistischen Mißwirtschaft mit ihren massiven Hungersnöten und Repressalien. Die Aus-

Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresß“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (0 30) 98 60 82 30


hebung und Zwangsverschleppung der Siebenbürger Sachsen in die Sowjetunion 1945 bis 1949 war Teil von viel umfangreicheren sowjetischen Kriegsreparationsmaßnahmen, die die gesamte Bevölkerung sogenannter „deutscher Volkszugehörigkeit“ aus den fünf osteuropäischen Staaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg unter sowjetische Militärkontrolle geraten waren, im Blick hatte. Aufgrund des Beschlusses des Staatskomitees für Verteidigung der UdSSR vom 15. Dezember 1944 und des Geheimbefehls 7161 wurde „die Mobilisierung und Internierung aller arbeitsfähigen Deutschen – Männer im Alter von 17 bis 45 Jahren, Frauen von 18 bis 30 Jahren –, die sich auf den von der Roten Armee befreiten Territorien

Rumäniens, Jugoslawiens, Ungarns, Bulgariens und der Tschechoslowakei befinden, sowie deren Verbringung zur Arbeit in die UdSSR“ angeordnet und vollzogen.

Etwa 70 000 Deutsche in Rumänien wurden ab dem 13. Januar 1945 in die Arbeitslager der Bergwerksregionen im Donezbecken, des Urals und Westsibiriens verschleppt, darunter knapp 30 000 Siebenbürger Sachsen, wovon etwa 12 Prozent dem Hunger- und Erschöpfungstod zum Opfer fielen.

Auf der dritten Präsentationsebene der Ausstellung lassen geschichts- wie geschichtenbeladene Objekte die damaligen Geschehnisse im wahrsten Sinne

des Wortes greifbar und damit begreifbar werden. Diese Gegenstände legen Zeugnis ab von den dramatischen Umständen der Aushebung, dem menschenunwürdigen Transport in Viehwaggons im Winter, von Hunger, Diebstahl und Verrat, aber auch von Freundschaften und menschlicher Hilfe unter den Bedingungen eines Lagerlebens an der Grenze der existentiellen Bedrohung.

Aufgrund der Corona-Pandemie informiert die Homepage des Siebenbürgischen Museums (www.siebenbuergisches-museum.de) tagesaktuell über die Öffnungszeiten sowie -bedingungen der Ausstellung. Wegen der aktuellen Lage wird die Ausstellung bis zum 15. August verlängert. 

Leserbriefe

Karies war kein Thema mehr

Zum Beitrag „Deutsche Häftlingsärzte in den Speziallagern der SBZ“
Ausg. 2/2021, S. 7

In den „Sanitätsabteilungen“ der Lager Mühlberg und Bautzen ging es gar nicht mal so unprofessionell zu. Immerhin existierten – wenn auch schlichteste – Laboratorien, wo z.B. mit beeindruckendem Improvisationsvermögen ein Ersatzheilmittel gegen Dystrophie erfunden wurde: aus Fingernägeln, Haaren, Knochen und Viehhörnern. Darauf muß man erst mal kommen! Ergänzt sei, daß Zahnärzte sogar Teile aus der Praxis nach Mühlberg nachholen durften – Handbohrer mit Tretantrieb – wie Albert Oehlich aus Hainichen.

Weniger nobel ausgestattet waren die 28 NKWD-Lager östlich der Oder/Nei-

ße. Der Zustand des NKWD-Lagers Tost/Oberschlesien und die Ausstattung des Lazarets waren katastrophal. Die drei inhaftierten Ärzte Leu, Mehling und Koller konnten sich nur noch um meist bereits totkranke Menschen kümmern. Heimlich führten sie eine Sterbeliste; danach starben 40 Prozent an Ruhr, 15 Prozent an „Entkräftung“, 14 Prozent an Rose. Weitere Sterbediagnosen waren u.a. „Herzinsuffizienz“, Nekrosen und Phlegmone – Krankheiten, die normalerweise behandelbar gewesen wären.

Kohle gegen Durchfallerkrankungen wurde selber „gekokelt“, Blätter heimlich gesammelt, um daraus Tinkturen herzustellen. Verbandsmaterial war kaum verfügbar, dafür gab es schwerste Verletzungen durch Mißhandlungen und Arbeitsunfälle. Zähne fielen aufgrund

von Mangelernährung von alleine aus oder wurden ausgeschlagen. Karies war daher kein Thema und Zahnärzte entbehrlich. Zwischen Mai und November 1945 kamen 3000 Männer von etwa 4500 um. 3700 der „Internierten“ waren von Bautzen nach Tost ausgelagert, 800 stammten aus Schlesien.

Noch inhumaner ging es in den unzähligen Lagern des polnischen Geheimdienstes UB zu, etwa Świątchłowice.

Dr. Franz Koller, 1945 in Breslau verhaftet, war nach Tost in noch drei weiteren Lagern. Er hat den Spruch geprägt: „Wer Tost überlebt hat, dem kann überhaupt nichts mehr passieren.“ 1950 wurde er aus Buchenwald entlassen.

Sybille Krägel, Hamburg

Mit der bloßen Säge amputiert


Zu Ausg. 2/2021, S. 7,
Beitrag „Deutsche Häftlingsärzte...“

In der letzten Ausgabe des Stacheldrahts konnte ich Dr. Anne Kolouscheks Bericht über „Deutsche Häftlingsärzte in den Speziallagern der Sowjetischen Besatzungszone“ lesen, und ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, daß die Autorin mit ihren Recherchen promoviert hat und daß dieses Thema so eine wissenschaftliche Bearbeitung erfahren hat. Wenn ich mich richtig erinnere, habe auch ich Frau Dr.

Kolouschek damals einen kurzen Bericht über meine Erfahrungen gegeben. Habe ich allerdings richtig gelesen, stützt sich der Bericht nur auf Recherchen über die Lager Mühlberg und Bautzen.

Die Autorin wird sich sicherlich in guter Überlegung auf diese beiden Lager festgelegt haben. Doch denke ich, daß beide Lager aus ihrer Vorkriegsgeschichte zumindest auch eine medizinische Einrichtung besaßen und nicht aufzeigen können, wie die medizinische Versorgung der

Häftlinge in den Lagern der Nachkriegszeit tatsächlich war.

Nichts von allem dem war z.B. in Ketschendorf vorhanden. Hier waren etwa ein Dutzend Häftlingsärzte, die wir mit Namen kannten, mit der Betreuung der Häftlinge beschäftigt. Bei ihnen habe ich nie ein Stethoskop gesehen. Den Klang beim Abklopfen des Rückens kannten wir. Es gab auch keinerlei Medikamente. Vom Wiener Arzt Dr. Rieck wußten wir, daß er mit der bloßen Säge das Bein 

eines Häftlings amputiert haben soll. In meinen beim Niederlausitzer Verlag in Guben erschienenen „Nachkriegserinnerungen“ habe ich meinen Ketschendorfer Lazarettaufenthalt beschrieben.

Der russische Häftlingsarzt Rosaljewitsch ging mit der bloßen Schere zu Werke, als er mir einen Schnitt beibrachte und ich tauschte danach halbtot mit einem soeben verstorbenen Kameraden den Platz, um vom Fußboden auf die Bretter seiner Pritsche zu kommen. Ärzte konnten uns hier nicht helfen. Es gab nur Jod in ver-

schiedenen Farben und ein komisches Öl, wir nannten es Medigal, gegen unsere furchtbare Krätze, unter der jeder der 1750 Jugendlichen im Lager litt. Wir waren mit Geschwüren und Eiter behaftet. In Ketschendorf starben in anderthalb Jahren bis zum Februar 1947 4600 Männer, Jugendliche und Frauen am Hunger und seinen Folgen.

Für Jamlitz gibt es den Bericht eines Dr. Müller, der aus dem Lager Frankfurt kam und danach das Jamlitzer Lazarett genau kannte. In ihm gab es auch eine Lazarett-

Vorkriegseinrichtung, in der man sogar dem Wasser einer Rippenfellentzündung zu Leibe rücken konnte, wie mir ein so am Leben erhaltener Kumpel erzählte. Beide Lager faßten etwa 14 000 Häftlinge und es starben 8000 von ihnen. Die Sterbequote aller Lager lag bei knapp 50 Prozent. Die Summe der inzwischen einsehbaren Totenbücher liegt bei rund 60 000 Opfern. In Buchenwald gab es ein gutes Vorkriegslazarett mit OP-Einrichtung und einer Zahnklinik, die ich kenne.

Kurt Noack, Groß-Kölzig

Abschied

Helmuth Wippich

Am 14. März 2021 verstarb im Alter von 70 Jahren plötzlich und unerwartet mein Mitstreiter und Mitgründer der Initiative verfolgte Schüler und Studenten, Helmuth Wippich. Aber es ist für mich und viele andere, die Helmuth kannten, nicht nur ein Weggefährte im Kampf um mehr Gerechtigkeit für diese Verfolgtengruppe tot, sondern auch ein langjähriger persönlicher und guter Freund.

Kennengelernt habe ich Helmuth 1994 beim „Englisch-Stammtisch“, der damals immer dienstags im Irish Harp Pub in der Sybelstraße unter Leitung eines trinkfreudigen und trinkfesten Iren stattfand. Dies waren sehr gesellige und interessante Treffen mit Menschen aus den verschiedensten Bezirken Berlins (Ost und West) und aus dem Ausland. Helmuth schätzte solch eine internationale Atmosphäre sehr. Er war kommunikativ, gesellig und offen, trat Menschen aufgeschlossen gegenüber und war ein guter Zuhörer. Obwohl er in der DDR aus politischen Gründen sehr gelitten hatte, war er nie verbittert oder nachtragend!

Als Jugendlicher mit 16 Jahren landete er in der Lindenstraße in Potsdam in Haft,

weil er mit dem RIAS Berlin Kontakt aufgenommen hatte. Er hatte Musikwünsche geäußert und Grüße über den Äther verschicken lassen. Dies reichte schon, um ihn zu kriminalisieren und als Jugendlichen im Erwachsenengefängnis in Potsdam einsitzen zu lassen. Was er in diesem Gefängnis erlebte, prägte ihn ein ganzes Leben, aber nicht nur das, es traumatisierte ihn auch für immer.

Nach seiner Haftentlassung in die DDR durfte er nicht mehr auf die Erweiterte Oberschule gehen. Sein Traum, das Abitur abzulegen und Sprachen zu studieren (Englisch und Französisch), war damit beendet. Es blieb ihm eine Klempernerlehre.

Ein ganz typischer zerstörter beruflicher Lebenslauf eines kritischen Jugendlichen in der DDR.

Helmuth hatte das Glück, 1975 nach West-Berlin ausreisen zu dürfen. Er mußte innerhalb von 24 Stunden packen und über die Friedrichstraße das Land verlassen. Mitnehmen durfte er, was er tragen konnte bzw. am Leibe trug, aber er hat einmal gesagt, er wäre auch nackig gegangen!

In West-Berlin machte er dann auf dem Zweiten Bildungsweg das Abitur nach und begann ein Lehramtsstudium für Englisch und Französisch. Doch schon bald stellte er fest, daß die Traumata, die die Haft hinterlassen hatten, ihn extrem einschränkten und den Erfolg im Studium gefährdeten. Da half es auch nicht viel, daß er BAFÖG erhielt und nebenher im Kempinski klempernete.

Als ich Helmuth kennenlernte, hatte er bereits die Rechnung für fünf Jahre Studium mit Vollدارlehen erhalten. Eine astronomische Summe – dank der Politik von Herrn Dr. Kohl – und leider hatte

er das Studium aufgrund seiner gesundheitlichen Einschränkungen, welche das Resultat der Haft waren, nicht beenden können.

Das Unverständnis der Politik und der Behörden den Menschen gegenüber, die nur wenig Geld haben, aber trotzdem 60 000 DM abzahlen sollen, war damals auch für West-Berliner ein Thema. Es gab die BAFÖG-Initiative der FU- und TU-Studenten, die sehr darum bemüht war, diesen unhaltbaren Zustand zu ändern.

Als Helmuth und mir klar wurde, daß wir beide eine ähnliche DDR-Biographie hatten (ich war von November 1981 bis November 1982 ebenfalls in politischer Haft/Stasi-Gefängnis Karl-Marx-Stadt und Hoheneck), fingen wir an, das Thema BAFÖG ab dem Jahr 1997 an Politiker heranzutragen. Kurz darauf gründeten wir uns ganz offiziell als „Initiative“.

Das 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz sah vor, daß ein Studium für anerkannte verfolgte Schüler möglich sein wird, ohne die Verpflichtung zur Rückzahlung des BAFÖG. Allerdings sollte dies nur für diejenigen gelten, die in der DDR geblieben waren und verspätet ein Studium aufnehmen wollten. Wir hatten uns mit unserer Initiative das Ziel gesetzt, zu erreichen, daß alle anerkannten verfolgten Schüler von der Rückzahlung des BAFÖG befreit werden. Denn auch wir in West-Berlin hatten ja unsere Rehabilitation als verfolgte Schüler ganz offiziell erhalten – wie auch andere ehemalige DDR-Bürger in West-Deutschland.

Warum sollte der Status verfolgte Schüler nicht für alle gleichermaßen gelten? Alle saßen auf ihren Schulden, die nachweislich verfolgungsbedingte Schulden

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet drei Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

waren – sonst wären wir ja keine anerkannten verfolgten Schüler!

Ebenfalls war es uns wichtig, darauf hinzuweisen, daß je eher die Verfolgung in der DDR eingesetzt hatte, um so nachhaltiger die Beeinträchtigung jeglicher Karrierechancen der Betroffenen war. Bis heute leiden viele von ihnen unter umfassenden einkommenstechnischen und rentenrechtlichen Verlusten.

Lange waren wir alleine unterwegs, bis wir der UOKG beitraten, denn das Thema braucht eine umfassendere Öffentlichkeit und Unterstützung.

Im Veröffentlichungsheft der UOKG zum Kongreß am 26. Oktober 2013 erschien unser Beitrag zur Opfergruppe verfolgte Schüler und Studenten. Darin schildern wir die Ungerechtigkeiten, die sich bei unseren Beratungen und Gesprächen mit Betroffenen herauskristallisiert hatten und versuchten, Verbesserungen vorzuschlagen. Einige dieser Ideen wurden teilweise aufgegriffen – aber vieles liegt noch im Argen.

Die Initiative verfolgte Schüler und Studenten wird, bedauerlicherweise ohne Helmuth, weitermachen, denn es gibt noch viel zu tun, um die Vergangenheit aufzuarbeiten.

Wir werden ihn sehr vermissen!

Die Beisetzung fand am 10. Mai 2021 auf dem Friedhof Ruhleben, Am Hain 1, 13597 Berlin statt.

Initiative verfolgte
Schüler und Studenten
Diplom-Politologin
Susanna Lieber

Carola Schulze

Am 4. Mai 2021 verstarb im Alter von 52 Jahren unsere langjährige und von allen hochgeschätzte Kollegin Carola Schulze.

Sie stellte Zeit ihres Lebens immer wieder die Bedürfnisse anderer vor die eigenen.

Wir werden sie schmerzlich vermissen!

Der Vorstand sowie die Kolleginnen und Kollegen der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Spendenaufruf

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer der UOKG,

im Editorial habe ich auf unsere derzeitigen Unternehmungen im Bereich der Zwangsarbeit politischer DDR-Häftlinge hingewiesen und darum gebeten, unsere aufwendige Arbeit mit einer Spende zu unterstützen. Zur Beschaffung von Beweisen erwirbt die UOKG-Geschäftsstelle derzeit u.a. alte Kataloge der einschlägigen Firmen um Neckermann, Quelle, Otto und Co., um dort gegebenenfalls Produkte ausfindig zu machen, die in Verbindung mit politischer Zwangsarbeit stehen. Darüber hinaus sind wir selbstverständlich auch an den

Endprodukten interessiert, soweit diese noch erhältlich sind. Die Beschaffung dieser Kataloge und Endprodukte ist mit nicht unerheblichen Kosten verbunden. Daher bitten wir Sie, wenn es Ihnen möglich ist, uns bei diesem Vorhaben finanziell zu unterstützen.

Ich bedanke mich herzlich und verbleibe mit besten Grüßen

Ihr Dieter Dombrowski

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Theo Mittrup, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin. Bitte eigene Adresse angeben!)

Bestätigung

über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 14052 Berlin vom 4.3.2019 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts _____ **BIC** _____

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
U O K G e. V.

IBAN
DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
DEUTDE33HAN

Betrag: Euro, Cent _____

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers
S p e n d e

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN _____ **08**

Datum _____ **Unterschrift(en)** _____

Art.-Nr.: 113 360 / 423 100

Schreibmaschine: normale Schreibweise | Handschrift: Blockschrift in GROßBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

„Diese Monate fühlten sich wie eine Ewigkeit an.“

Der Landesverband Sachsen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) hat seinen neuesten Band der Schriftenreihe „Erinnerungen an politische Gefangenschaft“ herausgegeben. Der nunmehr siebte Teil der Publikationsreihe trägt den Titel „Diese Monate fühlten sich wie eine

Ewigkeit an.“ und zeichnet vier Schicksale aus politischer Haft unter dem kommunistischen Regime nach.

In Band sieben der erfolgreichen Publikationsreihe berichten Zeitzeugen von ihren Hafterlebnissen in sowjetischen Speziallagern und DDR-Haftanstalten. Auf insgesamt 120 Seiten, die mit zahlreichen

Abbildungen ergänzt sind, lassen sich vier unterschiedliche Schicksale nachvollziehen. Die Lebensgeschichten sind allesamt von der Verfolgung, Repression und vom Terror beim Aufbau und der Durchsetzung der kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland gekennzeichnet.

Rolf Schneider, Jahrgang 1929, berichtet von seiner Verhaftung durch deutsche Polizeikräfte im Oktober 1945, die anschließend zur Inhaftierung in den Haftanstalten Plauen und Zwickau und

den sowjetischen Speziallagern des NKWD/MWD in Mühlberg und Buchenwald führte. Unter dem Vorwurf der „Werwolf“-Mitgliedschaft wurden dem Unschuldigen fast fünf Jahre seiner Jugend genommen. Seine Gefangenschaft war geprägt von ständigem Hunger, schweren Krankheiten und der Hoffnung, endlich freizukommen, was erst 1950 geschah. Johannes Leers, geboren 1953, wurde beim Grundwehrdienst in der NVA von mehreren IM bespitzelt und überwacht, weil er einen Freundeskreis hatte, der sich „Deutschland-Team“ nannte und untereinander kritisch diskutierte. Er wurde 1974 verhaftet, in den Stasi-Verhören erpreßt und schließlich wegen staatsfeindlicher Hetze verurteilt. Seine Freiheitsstrafe saß er im Strafgefangenenarbeitskommando der Leipziger UHA Beetshovenstraße ab. Thilo Groß, Jahrgang 1955, wurde 1970 im Alter von 14 Jahren beim Fluchtversuch in der ČSSR aufgegriffen. Man verurteilte ihn zur Jugendhaft in der Strafvollzugseinrichtung Raßnitz, wo das Recht des Stärkeren galt und er schwere Haftarbeit in der „Brigade Buna“ leisten mußte. Noch jahrelang verfolgten ihn Alpträume und seine Berufslaufbahn wurde in der DDR absichtlich behindert. Olaf Remus, geboren 1966, wurde ebenfalls bei einem Fluchtversuch aufgegriffen und an die DDR ausgeliefert. Seine furchtbaren Erlebnisse und die Haftarbeit in den Strafvollzugseinrichtungen Schwarze Pumpe und Luckau machen sich körperlich und mental bis heute bemerkbar. Olaf

Remus wurde 1988 durch die Bundesrepublik freigekauft und gelangte über das Kaßberg-Gefängnis in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) in die Freiheit, doch die Repressionen fanden damit noch kein Ende.

Der amtierende Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Lutz Rathenow, hat ein Vorwort zum aktuellen Band beigetragen, das die Schriftenreihe des sächsischen Landesverbands als „eine Reihe, die Geschichte für die Gegenwart erkennbar macht“ charakterisiert. Die Publikationsreihe ist Ergebnis eines umfangreichen Zeitzeugenprojekts, das mit Fördermitteln des Sächsischen Landtags unterstützt wird. Seit 2014 befragen wir unsere Mitglieder in mehrstündigen Interviews zu ihren Hafterinnerungen. Mit „Ich sah die Mühlen Spuren mahlen, den Menschen tief ins Angesicht.“ gaben wir das erste Buch heraus. Seitdem haben wir jährlich mit einem Folgeband der „Erinnerungen an politische Gefangenschaft“ angeknüpft. Im Rahmen des Zeitzeugenprojektes ist es Diplom-Museologin Ariane Zabel gelungen, bis dato mehr als 35 Lebensgeschichten zu dokumentieren. Die Gesprächsaufzeichnungen und Dokumente werden im Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. fachgerecht inventarisiert und archiviert. Mit unserer Projektarbeit möchten wir die einzigartigen Zeitzeugnisse für zukünftige Generationen und die weitere Aufarbeitung sichern und daran festhalten, die Leidtragenden der kommunistischen Gewalt-herrschaft nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Mit der Veröffentlichung der Zeitzeugenberichte gedenken wir aller Opfer der sowjetischen Besatzungsmacht und des SED-Regimes und erinnern an ihre schweren Schicksale.

Einhergehend mit der Veröffentlichung des neuen Buchbands hat die VOS Sachsen auch eine Neuauflage ihres Flyers herausgegeben, der als Lesezeichen gestaltet ist und auf unsere Website www.vos-sachsen-zeitzeugenerinnerungen.de hinweist. Auf der Website sind nahezu alle veröffentlichten Biographien versammelt. Zusätzlich findet man hier kurze Videosequenzen, in denen die Zeitzeugen von ihren Hafterlebnissen berichten. Die Website wird auch im laufenden Jahr wieder umfangreiche Erweiterungen er-



fahren und um die aktuellen Biographien ergänzt.


Unsere traditionelle Buchvorstellung mit Zeitzeugengespräch im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Leipzig liest“ der Leipziger Buchmesse mußte schon im März 2020 aufgrund der COVID-19-Pandemie abgesagt werden. Noch ist nicht absehbar, wann wir eine solche Lesung nachholen können, doch bei neuen Informationen werden wir Ort und Zeit der nächsten Veranstaltung umgehend bekanntgeben.

Die Arbeit an Band acht der Schriftenreihe hat bereits begonnen. Wenn Sie an un-

serem Interviewprojekt teilnehmen möchten, um Ihre Erinnerungen dokumentieren zu lassen und Teil des neuen Bands zu werden, nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf. Bei Interesse an der Zusendung unserer Publikationen wenden Sie sich an den Landesvorsitzenden Frank Nemetz (frank.nemetz@gmx.de bzw. 0175-167 68 38) oder an die Projektleiterin und Autorin Ariane Zabel (kontakt@arianezabel.de bzw. 0177-755 95 77). Wir freuen uns über jede finanzielle Unterstützung. Das Spendenkonto des VOS-Landesverbandes Sachsen läuft unter der IBAN DE07 8506 0000 1000 9605 35.

Ariane Zabel

Die bisher erschienenen sieben Bände der Schriftenreihe „Erinnerungen an politische Gefangenschaft“ tragen folgende Titel:

- „Ich sah die Mühlen Spuren mahlen, den Menschen tief ins Angesicht.“ [2014]
- „...und dann nahmen wir wieder am Leben teil.“ (2015)
- „Man will es vergessen und vergißt keinen Tag.“ (2016)
- „Den Willen zu verlieren, war der halbe Tod.“ (2017)
- „Die bitterste Zeit unseres Lebens.“ (2018)
- „Wie das Schicksal so spielt.“ (2019)
- „Diese Monate fühlten sich wie eine Ewigkeit an.“ (2020) 

Kirchen in der DDR

Die Kirchen in der DDR – 1990 bekannten sich nur noch 25 Prozent der Bevölkerung als evangelische und 5 Prozent als katholische Christen – haben Geschichte geschrieben. Autor Andreas Stegmann, Privatdozent für Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität Berlin, veranschaulicht die Konfrontation mit dem Regime, die allmählich in Arrangement überging und schließlich Schutzraum der oppositionellen Friedens- und Umweltbewegung wurde.

In der Nachkriegszeit boten die Kirchen vor allem Halt (Verkündigung und Seelsorge) sowie Hilfe (Caritas und Diakonie) und vermittelten oft zwischen Bevölkerung und Besatzungsmächten. Millionen Heimatvertriebene aus den Ostgebieten brauchten besonders Trost und Zuspruch. 1947 waren noch neun Zehntel der SBZ-Bevölkerung Mitglied einer Kirche.

Bald erfolgten Rückschläge (Abschaffung des schulischen Religionsunterrichts 1946), aber auch neue Möglichkeiten („Christenlehre“, d.h. Unterricht in Kirchenräumen). Die Ost-CDU wurde auf SED-Linie gezwungen. Die SED sah Kirchen zunehmend als oppositionelle Kräfte im Dienst des kapitalistischen Westens mit dem Ziel, den Sozialismus zu zerstören.

Besonderes Augenmerk galt der kirchlichen Jugendarbeit („Junge Gemeinde“ und katholische Jugendgruppen), wo sich viele besser aufgehoben fühlten als in der FDJ. 1953 startete eine von Propaganda, Repression bis hin zu Terror reichende staatliche Kampagne. Kritisiert und verboten wurden kirchliche Jugend-

zeitschriften, Verweise von Schule und Universität nahmen zu. Kirchen erhielten keine Staatszuschüsse mehr, Gefängnis- und Krankenhauseelsorger wurden behindert, Kirchenaustritte erzwungen. Nach dem Tod Stalins gab es kurzfristig Erleichterungen.

Ein neuer Abschnitt begann 1954 mit der systematischen Verdrängung der Kirchen aus der Öffentlichkeit, aus den Massenmedien, den Schulen, ergänzt durch Propaganda und Überwachung. „Zersetzung“ zielte von innen auf die Kirchen. Der Staat bot Alternativen: sozialistische Namensgebung statt Taufe, an Stelle der Firmung oder Konfirmation stand nun die Jugendweihe. Wer daran teilnahm, galt in den Augen der SED als loyaler Staatsbürger.

So kam es, daß sich viele in den nächsten Jahren vom christlichen Glauben entfremdeten. Aber es gab auch Gegenbeispiele. Horst Kasner, aufgewachsen in Pankow, konnte im Westen studieren und begann hier auch seinen kirchlichen Dienst. Mit seiner Heimatkirche Berlin-Brandenburg war abgesprochen, als Pfarrer wieder in den Osten zurückzukehren, mit dabei die in Hamburg geborene Tochter Angela – ab 2005 Bundeskanzlerin der Bundesrepublik.

Ende der 60er Jahre gelang der DDR-Führung mit der Sprengung der Leipziger Universitätskirche auch die symbolische „Liquidierung der Religion“, so formuliert es Andreas Stegmann. Die Verfassung 1968 machte klar, daß die DDR ein von der SED geführter Staat ist, der bisherige weitgehende Rechte tilgte.

Honecker, dessen Regierung nach internationaler Anerkennung lechzte, hielt sich in seiner kirchenfeindlichen Politik zurück und mußte sogar durch KSZE-Beschlüsse Bürgerrechte respektieren. Aber durch administrative Maßnahmen konnte er kirchliche Veranstaltungen verhindern bzw. verbieten.

Für Stegmann bedeutet die Selbstverbrennung des engagierten, staatskritischen Pfarrers Brüsewitz vor der Zeitzer Michaeliskirche einen Wendepunkt im Verhältnis Staat - Kirche. Letztere betonte nunmehr in der „Gemeinsamen Erklärung“ immer deutlicher ihre Mitverantwortung für die Welt (Menschenrechte, Weltfrieden, Umweltschutz) und setzte sich wieder kritischer mit dem Staat auseinander. Neue christliche Formen wurden ausprobiert, z.B. Blues-Messen und regionale Kirchentage. Dissident Robert Havemann und Jugendpfarrer Rainer Eppelmann (kurzzeitig festgenommen wegen „Zusammenarbeit mit westlichen Geheimdiensten“) appellierten gemeinsam zu Abrüstung.

1987 erstürmte das MfS das Gemeindehaus der Zionskirche. Dort war die sogenannte „Umweltbibliothek“ unterge-



.....
 Andreas Stegmann: Die Kirchen in der DDR. Von der sowjetischen Besatzung bis zur Friedlichen Revolution. C.H. Beck Verlag 2021, 129 S., 9,95 €



Wer meint, durch Geld alles erreichen zu können, der wird für Geld auch alles tun.

Felix Best

Alles erreicht man nicht damit, aber ein Abo für den Stacheldraht auf jeden Fall.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

bracht und quasi einer der „wichtigsten Knotenpunkte des oppositionellen Netzwerkes“ (Stegmann).

Der Protest kirchlicher Mitglieder gegen Fälschungen bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 und die montäglichen Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche, wo gleichzeitig immer mehr Ausreisewillige Hilfe und Beratung erhofften, führten im September dazu, daß die Kirchenleitungen politische Veränderungen forderten. In die Enge getrieben, suchte die SED wieder das Gespräch mit den Kirchen und ging auf einige Forderungen ein, z.B. das Bildungssystem zu entideologisieren oder nichtmilitärischen Wehrersatzdienst einzuführen.

Honecker, der als Gestürzter nicht mehr im Prominentenwohnviertel Wandlitz unterkommen konnte, durfte mit Erlaubnis

der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg im Pfarrhaus der Diakonischen Anstalten Lobetal bei Pfarrer Holmer wohnen. Das Ehepaar Honecker „saß mit am Eßtisch, wo das Tischgebet gesprochen wurde. Gegen alles Kopfschütteln und alle Anfeindungen verteidigte der Pfarrer dieses Kirchenasyl als selbstverständliche Tat christlicher Nächstenliebe“ (Stegmann).

Das Taschenbuch erlaubt einen genauen und interessanten Einblick in die verschiedenen Phasen der Organisation, die Arbeit und die Probleme von Kirchen in der DDR. 1990 fanden sich Katholiken wieder unter dem gemeinsamen Dach der Deutschen Bischofskonferenz und ab 1991 die Protestanten in der Einheit der EKD. Zeittafel und Personenregister sind zur Einordnung aller Ereignisse sehr hilfreich.

Berthold Schäffner

Überleben in der Hölle von Hoheneck

Es gehört schon viel Mut dazu, die Geschehnisse und Mißhandlungen bei der Stasi und im bekanntesten Frauenzuchthaus der DDR in einem Buch darzulegen. Die Autorin Elke Schlegel schildert in ihrem Buch „5 Monate und 24 Tage“ genau das. Sie erzählt lebhaft und mit viel Gefühl von ihrem Leidensweg, der mit einem Ausreiseantrag begann, ihre Inhaftierung zur Folge hatte und schließlich zum Verkauf in den Westen führte.

„Mitkommen, brüllte der ranghöchste Stasi-Offizier und stürmte an mir und meinem Freund vorbei in unsere Wohnung. Plötzlich standen fünf Männer und eine Frau vor uns. Klärung eines Sachverhaltes, hieß es.“

Im Sinne der Diktatur galten sie als Staatsfeinde. Damit ihr Ausreiseantrag endlich bewilligt werden sollte, hatten sie sich regelmäßig mit Regimegegnern des „Weißen Kreises“ zu stummen Protesten auf einem großen Platz mitten in der thüringischen Stadt Jena versammelt. Am 10. Dezember, dem

Tag der Menschenrechte, waren sie mit weißen Kerzen auf dem Jenaer Weihnachtsmarkt erschienen. Dort war es dann ihr eigener Bruder, der gerade seinen Wehrdienst bei der Bereitschaftspolizei der NVA absolvierte, der sie und ihre Mitstreiter mit seiner Einheit festnehmen und abführen mußte.

Elke Schlegel schreibt sehr flüssig und intelligent. Ihre Schilderungen sind so lebendig, daß man beim Lesen mit ihr leidet. Die Demütigungen in diesem menschenverachtenden System, die diese damals noch sehr junge Frau aus Thüringen durch die Stasi ertragen mußte, sind ein Beispiel jener in Diktaturen bekannter Methoden der „Mundtotmachung“ von Kritikern.

Nachdem dann doch völlig überraschend ihr Ausreiseantrag genehmigt worden war, wurden sie am frühen Morgen des 28. März 1983, wie oben bereits geschildert, verhaftet. Was war passiert? Franz Josef Strauß hatte einst mit seiner Vermittlertätigkeit beim sogenannten „Milliardenkredit“ Ausreisegenehmigungen für politische Inhaftierte verlangt. Offenbar gab es gerade nicht genügend hierfür geeignete Inhaftierte und eine Welle der Verhaftungen nahm ihren Anfang, auch in Jena. So traf es auch Elke Schlegel und ihren Lebenspartner. Ihren kleinen Sohn durfte sie noch zu ihrer Mutter bringen und verabschiedete sich dort von ihm mit der größten Lüge ihres Lebens, nämlich,

daß sie bald wiederkommen und ihm etwas Schönes mitbringen werde.

Ihrer beider Verhaftung war unter dem fadenscheinigen Grund landesverräterischer Nachrichtenübermittlung sowie staatsfeindlicher Aktivitäten im „Weißen Kreis“ Jena erfolgt. Deshalb wurde sie dann auch zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt. Während der Haftzeit, die nun in Hoheneck folgte, litt sie sehr unter der Ungewißheit über den Verbleib ihres geliebten Sohnes und ihres Partners.

Immer wieder werden dem Leser des Buches tiefe Eindrücke von dem unmenschlichen Umgang des Wachpersonals mit den Gefangenen vermittelt. Im September bzw. Oktober 1984 war dann für sie der Spuk vorbei. Sie war von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft worden. Sie kam in die Abschiebehaft der Stasi und wurde von dort aus, zusammen mit anderen, in einem Bus in das hessische Auffanglager nach Gießen gebracht. Ihr Lebensgefährte war nicht mit dabei, was sie ganz unglücklich machte. Dieser kam erst viel später nach, und erst ein ganzes Jahr später durfte sie dann auch ihren kleinen Sohn nachholen. Dafür mußte sie wieder zurück in das Gefängnis DDR einreisen, dies ohne Einreisepapiere und unter großen Ängsten. Es ging aber alles gut aus.

Als dann nach den Ereignissen vom 9. November 1989 wieder die erste Eupho-



Elke Schlegel: „5 Monate und 24 Tage“ Frauenzuchthaus Hoheneck – eine Extremerfahrung, Verlag Föllbach, Koblenz 2020, 230 S., 15,80 €

rie vorbei war, erlebte sie, daß nicht nur Freunde und Verwandte, sondern auch die damaligen Täter freien Einlaß in den Westen hatten. Bei einer Weiterbildung, zu der sie im Jahr 2007 ihr Arbeitgeber geschickt hatte, wollte es der Zufall, daß sie in einem Auto von einer ehemaligen Aufseherin von Hoheneck mitgenommen wurde. Das hatte das Gespräch ergeben. Frau Schlegel ließ sofort anhalten und stieg aus. Nervenzusammenbruch, unzählige Arztbesuche, Gutachten und Rehabilitationen folgten.

Dieses Buch ist ein Leidensweg, den viele Regimegegner ähnlich ertragen mußten. Die traumatischen Erlebnisse der Haftmethoden haben für viele zu psychischen Beeinträchtigungen bis hin zu bleibenden Körperschäden geführt. Jenes menschenverachtende System schreckte bei der Beschaffung von Devisen für die DDR-Wirtschaft nicht einmal vor Menschenhandel und gezielter Ausbeutung der Gefangenen zurück. Die Schließerinnen in Hoheneck werden von Elke Schlegel eindrucksvoll als Bestien in Uniform beschrieben. Auch beschreibt sie die berühmte Wasserfolterzelle in Hoheneck.

Der Buchtitel „5 Monate und 24 Tage“ bezieht sich auf die Dauer ihrer Haftzeit.

Heute hilft sie bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur, indem sie Vorträge vor Schülern hält und dazu beiträgt, daß die Opfer und die Schandtaten der DDR-Diktatur nicht in Vergessenheit geraten. So ist auch dank ihrer Initiative ein entsprechendes Mahnmal am Deutschen Eck in Koblenz entstanden.

Das Buch enthält ein gewichtiges Nachwort von Josef Oster, einem Mitglied des Deutschen Bundestages. Er würdigt darin die ehrenamtliche Tätigkeit von Elke Schlegel für unsere Demokratie, wofür sie anlässlich des 30. Jahrestages der Deutschen Einheit vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde. Josef Oster findet es bewundernswert, wie Elke Schlegel gemeinsam mit ihrem Mann die schlimmen Erfahrungen aus der DDR-Zeit nutzt, um sich im wiedervereinigten Deutschland mit großem Engagement und mit Leidenschaft für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen. Er beendet sein Nachwort mit den Worten: „Unser Land braucht Persönlichkeiten wie Elke Schlegel.“

Dem kann auch ich mich nur anschließen. Der für diese Lektüre dankbare Leser

Bodo Hans-Georg Keipinger

Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1993 bis 2019 online

(bsta) Die vollständigen Ausgaben des Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung von 1993 bis 2019 sind jetzt auf dem Portal Kommunismusgeschichte.de der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur abrufbar. In über 600 Beiträgen, Dokumenten und Rezensionen wird die Geschichte der weltweiten kommunistischen Bewegung lebendig. Viele Texte sind zugleich Zeitdokumente der wissenschaftlichen und politischen Debatte über die Aufarbeitung der Diktaturen im 20. Jahrhundert – ein einmaliger Wissenfundus, interessant nicht nur für Expertinnen und Experten. Verschiedene Schwerpunkte widmen sich den Mechanismen, Protagonisten und Widersachern der kommunistischen Bewegung in Beiträgen u.a. zur Sowjetunion, KPdSU und Komintern sowie zur Geschichte des Kommunismus in Deutschland und anderen Ländern weltweit wie der USA, China und Kuba.

Neu hinzugekommen ist die Online-Ausgabe des JHK 2019 mit dem Schwerpunkt »Kommunismus jenseits des Eurozentrismus«. Die Beiträge dieses von Matthias Middell (Universität Leipzig) konzipierten und in Kooperation mit ihm herausgegebenen Bandes spannen den Bogen von frühen Versuchen, die internationalistische Tradition des Marxismus mit kommunistischer Mobilisierung zusammenzubringen, über die staatssozialistischen Bemühungen um Geländegewinne im globalen Kalten Krieg bis zur Frage, welche Formen kommunistische Programmatik und Praxis in den neuen Verhältnissen nach 1989 annehmen können.

Jeweils zwei Jahre nach Erscheinen in der Printausgabe werden die Aufsätze online gestellt. Die Jahrgänge 1993 bis 2019 können Sie jederzeit über www.Kommunismusgeschichte.de kostenlos abrufen.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag haben

Margrit Schulze am 3. Juni, Ursula Geipel am 6. Juni, Ralf-Rainer Felden am 10. Juni, Hans Walter am 19. Juni, Bernhard Cofalla am 20. Juni, Helmut Schröder, Klaus-Peter Weiß am 22. Juni, Hans-Joachim Bochow am 23. Juni, Ingeborg

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (0341) 961 2443

Fax (0341) 961 2499

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin

Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin

Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr

Tel. (030) 55 77 93 53

E-Mail kegel@uokg.de

Katrin Behr, Cornelia Kurtz

(Thema DDR-Zwangsadoption)

Mo–Fr, 10–12 Uhr

Tel. (030) 55 77 93 54

E-Mail behr@uokg.de

Beratungstermine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin

Tel. (030) 55 15 28 58

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin

Di, 12–18 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Schlünz am 26. Juni, Angelika Rösch am 27. Juni, Walter Schulze am 29. Juni

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Heinz Assig, Helmuth Astler, Joachim Bauer, Uwe Behne, Günter Breschke, Gerold von Busse, Volkmar Doberentz, Dr. Michael Dosch, Ulf Georgiew, Ulrich Goldbach, Harry Hinz, Ulf Hutengs, Manfred Langkath, Fritz Leßmüller, Angelika Maedicke, Roland Müller, Ulrich Opperskalski, Reinhard Pappai, Uwe Reinhardt, Siegfried u. Renate Schöne, Fritz Schüler, Kurt Gerd Sommerlatte, Dieter Starke, Dr. Heinz Steudel, Martin Taatz, Hans-Georg Wolf

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Man kann eine Idee durch eine andere verdrängen, nur die der Freiheit nicht.

Ludwig Börne

BSV-Förderverein für Beratungen
(ehemals Bund der Stalinistisch Verfolgten)
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz
Sprechzeiten s. S. 19
Telefon (030) 55 15 28 58
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein für Beratungen
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC: DEUT DED B110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 3. Mai 2021

